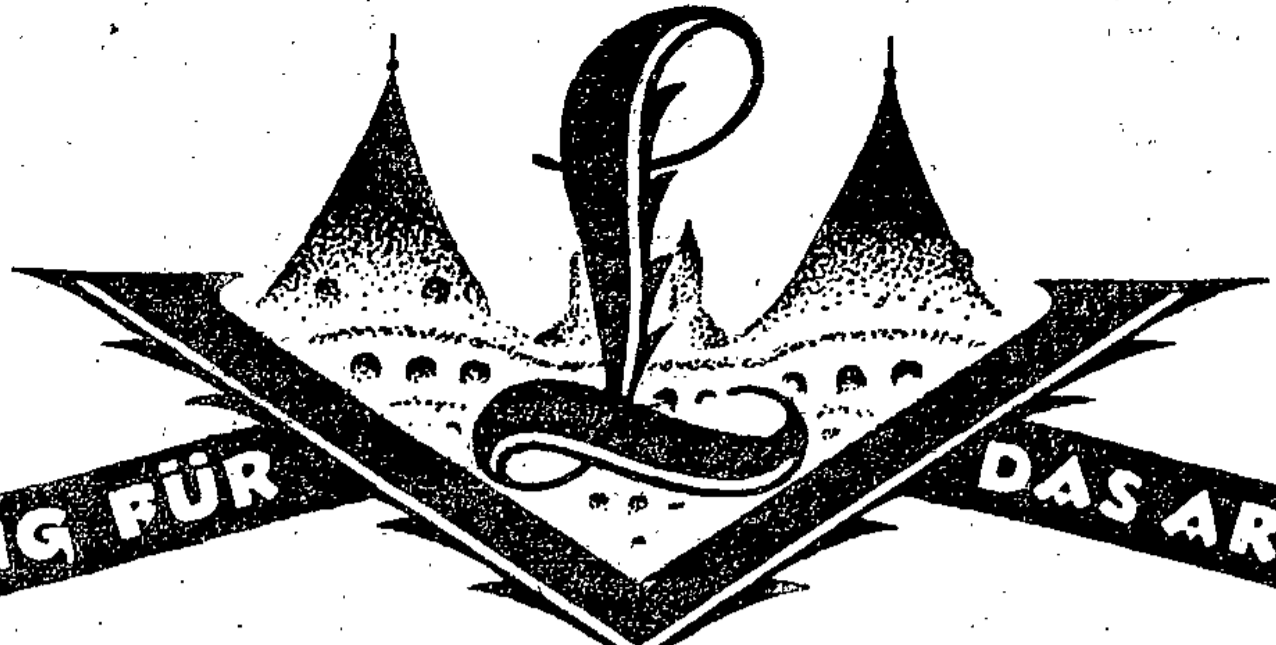


Der „Lübecker Volksbote“ erscheint jeden Nachmittag, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch die Boten frei ins Haus monatlich 21 Mk., Redaktion: Johannisstraße 46. Fernruf 905.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtgespaltene Zeile oder deren Raum 5,00 Mk., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 4,00 Mk., Reklamen 25,00 Mk., Geschäftsstelle: Johannisstr. 46. Fernruf: 926.



TAGESZEITUNG FÜR DAS ARBEITENDE VOLK

Lübecker Volksbote

Nummer 141.

Dienstag, den 26. Juni 1922.

29. Jahrgang.

Der Kampf um das Brot.

Deutschnationale Heuchelei!

Dr. L. Lübeck, 20. Juni.

Gestern eröffnete unsere Reichstagsfraktion im Reichstag den Kampf gegen die Brotverteuerer. Der Genosse Krähig schenkte den Reichsparteien ganz klaren Wein ein. Er fand Worte, die man früher schon manchmal gern gehört hätte. Klipp und klar erklärte er, daß es in der Brotfrage für die Sozialdemokratie kein Zurückweichen gebe. Sie werde den Kampf gegen die Ausbeutungspolitik der nationalen Agrarier mit den allerstärksten Mitteln führen. Und sie werde das Volk — durch Reichstagsneuwahlen — entscheiden lassen, ob es bereit sei, den hurrabrüllenden Großagrariern zuliebe zu verhungern. Messerscharf rief unser Genosse die Worte durch den gelben Saal: Bevor es ans Verhungern geht, kommt der Bürgerkrieg. Die Arbeiter, die Beamten und die Angestellten sind gewarnt; und sie sind bereit.

Der Reichstag horchte auf. Im Augenblick war es jedermann, von rechts bis links, klar geworden, daß die Sozialdemokratie ein warnendes Menetekel auftrichtete. So oft hatte sie, der Verständigung und der friedlichen Entwicklung zuliebe, in wesentlichen Punkten nachgegeben. So oft hatte sie, aus echter Vaterlandsliebe und im Bewußtsein ihrer stetigen Kraft, Selbstverleugnung im höchsten Maße geübt. Über alles hat eine Grenze. Und jetzt — in der Frage der Getreidebewirtschaftung — ist diese Grenze erreicht. Hart und unerbittlich droht ihr Entweder — oder am Himmel der innerdeutschen Politik. Entweder billiges Brot — oder Reichstagsauflösung.

Schreck fuhr den bürgerlichen Parteien in die Glieder ob dieser Kampfesentschlossenheit unserer Partei, hinter der die gesamte Arbeiterschaft einmütig steht. Nichts fürchtet man auf der anderen Seite mehr als Neuwahlen mit offenem Bisher, mit offenen Parolen. Was soll man mit dem alten abgebrauchten Hurra- und Lügengeflügel anfangen, wenn überall, in jeder Versammlung, in jedem Flugblatt die schreiende Frage gestellt wird: Billiges oder teures Brot?

Bei der letzten Wahl haben sich viele städtische Wähler von der Lüge der „freien Wirtschaft“ beneheln lassen. Sie sind wahrscheinlich in den beiden letzten Jahren von ihrem schönen Wahn geheilt worden. Sie werden unterdes eingesehen haben, daß „freier Handel“ in Wirklichkeit „freier Wucher“ ist. Und sie werden nicht nochmal in die gleiche schwarz-weiß-rote Grube ihrer eigenen Dummheit und ihres fortwährenden Hungerelends stolpern. Schon mancher wird sich im stillen Kämmerlein, wo der Magen eine größere Rolle spielt als die standesgemäße Haltung, an die sorgengeführte Stirn geschämmt haben: „Was war ich für ein Esel! National habe ich gewählt, und damit geholfen, mir und meinen Kindern das Brot zu verteuern!“

Aber das Feuer des schlechten Gewissens und ihres schandhaften Volksverrats brennt den monarchistischen Heerscharen doch manches Loch in ihre heuchlerische Seele. Und sie wollen sich loskaufen; wie die jüdischen Wucherer im Mittelalter möchten sie das Uebermaß ihrer Sünde durch den Schein einer guten Tat verdecken. Und sie kündigen deshalb folgende Reichstagsanfrage an:

Was gedenkt die Reichsregierung zu tun:

1. um die Lebenshaltung der minderbemittelten Kreise planmäßig zu sichern?
2. um etwaigen Versuchen der Verschiebung von Getreide ins Ausland mit den schärfsten Mitteln zu begegnen?

Wen überfällt ob solch ungeheuerlicher Heuchelei nicht namenlose Wut und gleichzeitig ein Gelächter? Mit der einen Hand möchte man das Brot auf den dreifachen Preis hochtreiben. Mit der anderen aber macht man den verhungerten Städtern ein liebevolles und scheinheiliges Winte-Winke. Vielleicht fallen einige Dumme, die in schwarz-weiß-roten Dressurstriden noch ganz festhängen, auf solche Heuchelmanöver herein. Die meisten aber sind doch nicht mehr dumm genug. Hunger und Not haben auch ihnen die Augen geöffnet.

Das wissen die bürgerlichen Parteien. Deshalb fürchten sie jetzt Neuwahlen mit der klaren Parole „Für oder gegen den Brotwucher“ wie den Teufel selbst. Ge-

rade deshalb ist die gegenwärtige Stellung der Sozialdemokratie so ungeheuer stark. Sie wird ihren Willen durchsetzen. Entweder jetzt schon im Reichstag — oder im August mit Hilfe des Volkes.

Reichstag.

Berlin, 19. Juni.

229. Sitzung. — Nachmittags 3 Uhr.

Der Antrag aller Parteien auf Sicherstellung derjenigen Sachen, die aus Anlaß der Abtötung aus öffentlichen Mitteln für Oberschlesien beschafft worden sind, wird in allen drei Lesungen angenommen.

Das Haus tritt dann in die erste Beratung des Gesetzesentwurfes über die

Regelung des Verkehrs mit Getreide aus der Ernte 1922 (Getreideumlage)

ein. Der Gesetzesentwurf sieht vor, daß wieder wie im Vorjahr 2½ Millionen Tonnen Getreide im Zwangsumlagungsverfahren aufgebracht werden sollen. Landwirtschaftliche Betriebe bis zu fünf Hektar Größe sollen von der Lieferungspflicht befreit sein. Der Kreis der Versorgungsberechtigten wird insofern beschränkt, als neben den Selbstversorgern auch diejenigen Personen nicht versorgungsberechtigten sein sollen, bei denen nach ihren eigenen oder nach den Einkommens- und Vermögensverhältnissen desjenigen, der für ihren Unterhalt zu sorgen verpflichtet ist, ein Bedürfnis, Brot im Wege der öffentlichen Versorgung zu erhalten, nicht anerkannt werden kann. Für die zweite Hälfte des Lieferjahres ist eine neue Preisfestsetzung vorgesehen, falls sich ergibt, daß die für die erste Hälfte festgesetzten Preise infolge veränderter Wirtschaftslage nicht mehr zutreffen. — Als erster Redner spricht

Abg. Krähig (Soz.)

Der vorliegende Gesetzesentwurf ist seit Monaten heiß umstritten worden. Die landwirtschaftlichen Organisationen wollen keine Regelung der Getreidefrage durch die Reichsregierung. Auf Seiten des arbeitenden Volkes steht die Frage, um das nackte Leben, um die Beschaffung des täglichen Brotes, auf Seiten der Großagrarien die Sorge um den Verlust von Riesengewinnen. Es bedarf keiner Frage, auf welcher Seite sich der Reichstag bei seiner Stellungnahme zu stellen hat. Wenn die landwirtschaftlich benutzte Fläche bis 5 Hektar, so wie es die Regierungsvorlage vorsieht, von der Umlage frei bleibt; so scheiden schon dadurch rund 3½ Millionen Klein- und Mittelbetriebe der Landwirtschaft aus. Wir Sozialdemokraten sind bereit, die Betriebe bis 10 Hektar, also bis 40 Morgen, frei zu lassen, sobald von rund 5 Millionen landwirtschaftlicher Betriebe 4 Millionen freigelassen würden. Die Besitzer der kleinen und mittleren Betriebe, zirka vier Fünftel, werden, wenn es nach uns geht, von der Getreideumlage gar nicht erfaßt. Damit bricht auch die Demagogie des Landbundes, die kleinen und mittleren Bauern vor den Karren der Großagrarien zu spannen, vollkommen zusammen. Niemand von uns will, daß der Landwirt seine Produkte unter den Gestehungskosten und ohne Nutzen abliefern soll. Auch bei der Umlage soll und wird er auf seine Rechnung kommen. Ein Skandal ist es aber, wenn der Reichslandbund verlangt, daß alles Getreide nach dem Weltmarktpreis bezahlt wird.

Ein vierpfündiges Brot würde dann auf 45 bis 50 Mk. kommen.

Wir wollen gerade verhindern, daß wir die Weltmarktpreise erreichen. Wenn die Regierung erklärt hat, sie könne die freie Wirtschaft nicht verantworten, und wenn sie mit Reichstagsauflösung gedroht hat, so geht daraus hervor, daß die Regierung wohl weiß, daß keine große Mehrheit für die freie Wirtschaft im Volke vorhanden ist. Die Preise des Umlageverfahrens entsprechen durchaus angemessenen Gewinnen der Landwirtschaft. Die Schuld an den hohen Getreidepreisen hat durchaus nicht die Landwirtschaft allein, auch der sogenannte ehrbare Handel hat viel Schuld daran. Für Inlandsgetreide brauchen wir überhaupt keinen Großhandel. Man hat die Einwendung gemacht, die Landwirtschaft hätte mit einer großen Abnutzung der Betriebsmittel während des Krieges zu rechnen. Die Höhe der Preise für landwirtschaftliche Maschinen sei derartig, daß an eine Renanzschaffung nicht zu denken sei. Auch der Eisenindustrie, welche die landwirtschaftlichen Maschinen ganz riesig verteuert, muß man gehörig auf die Finger sehen. Wenn Maschinen, die im Frieden 230 bis 250 Mk. kosteten, heute 10 000 bis 15 000 Mk. kosten, so ist das nicht berechtigt. Das zeigt eben, man hat der Eisenindustrie bisher allzu große Freiheit gelassen. Wenn man uns jetzt Vorwürfe macht, daß die Düngemittelpreise so hoch seien, so sollen sich die an ihre eigene Brust schlagen, die im vorigen Jahre unsere Anträge auf Verbilligung und Mehrproduktion von Düngemitteln abgelehnt haben, weil sie befürchteten, daß bei der ersten Schritt zur Sozialisierung.

Der Landbund hat nicht die Möglichkeit, der Regierung bis zu einem bestimmten Termin hinreichende Getreidemengen zur Verfügung zu stellen. Er hat keine Mitglieder ja nicht in der Hand. Er hat die Landwirte nur zum Nehmen, nicht zum Geben erzogen. Kein Wunder, wenn die Landwirte ihre Zusage nicht halten, die sie ihren eigenen Organisationen gegeben haben. Es läßt sich nicht bestreiten, daß die Moral der Landwirte während des Krieges sehr gelitten hat. Wir verlangen die Regelung des Getreidebedarfs in vollem Umfang und verlangen eine Getreideumlage in Höhe von 4½ Millionen Tonnen. Das deutsche Volk bildet eine Schicksalsgemeinschaft und in einer Schicksalsgemeinschaft müssen alle Teile Opfer bringen. Unzulässig ist es, daß in der Not einige Teile auf Kosten der anderen Gewinne erzielen wollen. Die Versorgung mit Auslandsgetreide läßt sich wegen der Unsicherheit der deutschen Valuta nicht durchführen. Das Brot käme dann auf 60 bis 70 Mark. Das kann man dem Volke nicht zumuten. Zu den Preiserhöhungen stehen die Lohnerhöhungen in keinem Verhältnis. Neuerdings besteht das Bestreben in der Landwirtschaft, den Deputatarbeitern ihr Deputat nach Kleinräumerpreisen anzurechnen, um so auf günstige Weise zu höheren Löhnen zu kommen. Die Landwirtschaft beklagt sich über die großen Steueropfer. Auch die Beamten, Arbeiter und Angestellten leisten eine ungeheure Sondersteuer, da ihr Gehalt in Goldmark erheblich gesunken ist. Fordert die Landwirtschaft Weltmarktpreise, dann müssen die Arbeiter, Angestellte und Beamten Weltmarktlöhne fordern. Der Reallohn der Arbeiter ist heute weit geringer, als vor dem Kriege, ganz besonders der der Landarbeiter. Die Gegner der Umlage sind so fürchtbar ängstlich und fürchten, es könnten auch einige Bemittelte billiges Brot bekommen. Das wäre ja schließlich kein Unglück. Ein Unglück ist es aber — und das Deutsche Reich geht dabei zugrunde — wenn 50 % der Bevölkerung kein Brot mehr kaufen können und hungern müssen. Die deutschnationale Interpellation fragt komischerweise, was denn die Regierung tun wolle, um die Ernährung des hungernden Volksteils sicherzustellen. Es sind doch gerade die Deutschnationalen und ihre Helfershelfer, die Agrarier, die alles tun, um eine Sicherung der Ernährung der Bevölkerung mit halbwegs erschwinglichem Brot zu vereiteln. Immer wieder hören wir, gerade die Umlage bedeute eine Sonderbelastung der Landwirtschaft. Auch die Industrie hat Stellen, wo ein besonderer Druck auf ihr lastet.

Meine Damen und Herren, ich spreche mit dem, was ich jetzt sage, keine Drohungen aus. Ich warne nur in der letzten Minute. Mit heiligem Zorn verlaßt die deutsche Arbeiterschaft die seit Monaten erfolgenden trivialen Provokationen aus jenem Lager. Nehmen Sie die Vorlage ab, dann seien Sie sich aber bewußt, daß Sie unser Volk in die größte Katastrophe hineinrücken, die es jemals durchgemacht hat. Sie wissen, daß der erwartete Ausfall der Exportaufträge in diesem Jahr zu einem großen Teil Beginn der Arbeitslosigkeit bedeutet, und wenn Sie dann noch ein Fünftel Brot von der monopolisierten Getreidewirtschaft der Großagrarien bringen, dann können Sie sicher damit rechnen, daß das etwas ist, was nicht getragen werden kann. Denn, wenn es so weit wäre mit der Arbeitslosigkeit, wie wir sie vor uns haben, wenn es heißen wird: Durch den Valutastumpf hindurchmarschieren, durch den wir hindurch müssen, wenn wir wieder zu gesunden Verhältnissen kommen wollen und wenn Sie das Volk dann in dem Augenblick, wo es sich durch diesen Valutastumpf hindurcharbeiten soll, mit solchen unerhörten Preisen für das wichtige Lebensmittel überfallen, dann heißt das einfach, daß Hunderttausende glatt verhungern müßten. Ehe es ans Verhungern geht, kommt aber etwas anderes. Ich sage es in aller Ruhe heraus, damit Sie wissen, woran Sie sind:

Ehe es ans Verhungern geht, kommt der Bürgerkrieg. Und was der Bürgerkrieg in diesem Zeitpunkt bedeutet, wissen Sie. Er bedeutet den vollkommenen Zusammenbruch. Das wollen wir nicht! Deshalb warnen wir Sie in dieser Minute und bitten, von Ihrem Beginnen abzulassen und mit uns diese Vorlage zu erledigen. Die Arbeiter, Angestellten und Beamten sind gewarnt; sie stehen bereit zur Abwehr.

(Beifall bei den Soz., Handeklatschen auf der Tribüne.)

Abg. Köpcke: Im Kriege sind wir für die staatliche Brotversorgung eingetreten. Die Umlage bringt uns kein Getreide, sondern nur die Produktionssteigerung. Die Vorlage ist praktisch gar nicht durchführbar. Die Brotvermehrung ist nicht schuld der Landwirtschaft. Wir lehnen die Vorlage ab und überlassen die Verantwortung denjenigen, die in so unerhörter Weise die deutsche Wirtschaft gefährdet haben. (Beifall rechts.)

Abg. Horn (USP.): Die von den Agrariern geforderte Wirtschaftsfreiheit ist in Wirklichkeit nur die Freiheit zur Ausplünderung des deutschen Volkes. Wir verlangen von der Regierung Schutz gegen den Brotwucher. Der Redner stimmt schließlich der Vorlage zu, die das Mindestmaß dessen sei, was verlangt werden muß. Die Arbeiterschaft werde geschlossen den Kampf gegen den Brotwucher aufnehmen.

Nach 6 Uhr wird die Weiterberatung auf Dienstag 2 Uhr vertagt.

Von der Haager Konferenz.

Aus dem Haag, 19. Juni.

Der erste Ausschuss (russische Angelegenheiten) ist wie folgt zusammengesetzt:

Oesterreich, Belgien, Bulgarien, Dänemark, Spanien, Estland, Finnland, Litauen, Luxemburg, Norwegen, Holland, Polen, Portugal, Rumänien, Jugoslawien, Schweden, Schweiz und Tschecho-Slowakei.

Der erste Ausschuss für das Privateigentum besteht aus Belgien, Finnland, Frankreich, England, Italien, Japan, Norwegen, Holland, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Der Unterausschuss für die Schulden setzt sich zusammen aus Belgien, Dänemark, Spanien, Frankreich, England, Italien, Japan, Litauen, Holland, Jugoslawien und die Schweiz.

Der Unterausschuss für die Kredite wird gebildet von Belgien, Bulgarien, Estland, Frankreich, England, Griechenland, Italien, Japan, Litauen, Polen und die Tschecho-Slowakei. Um die Zahl von 11 in diesem Unterausschuss nicht zu überschreiten, wird Holland an den Besprechungen nur teilnehmen, wenn besondere Interessen Hollands in Frage kommen.

In Konferenzkreisen war man heute nachmittags der Ansicht, daß die heutige Sitzung für den Fall, daß alle Länder bereit sind, sich an der Konferenz zu beteiligen, wahrscheinlich bis auf morgen hinausgeschoben wird. Dies soll eine besondere Höflichkeit gegen Frankreich sein, weil Frankreich wegen der Abwesenheit Poincarés, der augenblicklich in London weilt, nicht in der Lage ist, zu antworten.

Frankreich erklärt seine offizielle Bereitwilligkeit.

Aus dem Haag, 20. Juni.

Das Ergebnis des gestrigen Konferenztages ist, daß Frankreich auf der ganzen Linie seine Rolle als Hemmschuh aufgegeben hat, soweit es sich um die geschäftsmäßige Regelung der Konferenz handelt. Der französische Gesandte überreichte ein Schreiben dahingehend, daß Frankreich sich auf der Haager Konferenz vertreten lassen werde, aber Wert darauf lege, noch einmal daran zu erinnern, daß es sich um eine Versammlung von Sachverständigen und Referendum handelt, auch die politischen Fragen ausgeschlossen bleiben müssen. Frankreich werde eventuell von dem Recht Gebrauch machen, sich in jedem Stadium der Verhandlungen zurückziehen, wenn die Haltung der Sowjetdelegierten die französische Delegation irgend wann dazu zwingen sollte.

Die Internationale in London.

London, 19. Juni.

An dem Kongress der 2. Internationale, der gestern eröffnet wurde, nahmen etwa 30 Delegierte teil, und zwar aus England, Frankreich, Belgien, Holland, Dänemark, Schweden und Georgien.

London, 19. Juni.

Henderson eröffnete gestern die Konferenz der Zweiten Internationale mit einer Ansprache, in der er ausführte, die Einigkeit der arbeitenden Klassen der Welt werde in mehreren Ländern durch die rote Internationale bedroht. Der Gegensatz zwischen den englischen Arbeitern und den russischen Kommunisten sei der Gegensatz zwischen Demokratie und Diktatur. Die Kommunisten verachteten die Freiheit der Rede, die Freiheit der Presse und die Freiheit der Wahl. Solchen Angriffen auf die persönliche Freiheit werde die englische Arbeiterschaft stets Widerstand entgegenzusetzen. Gegenwärtig sei die Einigkeit unter den arbeitenden Klassen besonders dringlich. Dennoch seien die arbeitenden Klassen niemals mehr gespalten gewesen als gerade jetzt. Mit den gegenwärtig herrschenden Spaltungen unter ihnen würden sie als internationaler Faktor maßlos bleiben.

Nach einer Reuter-Meldung hat die Konferenz einstimmig eine Entschließung angenommen, in der gegen die Methoden der Sowjetregierung gegenüber den Sozialrevolutionären und gegen die Art und Weise protestiert wird, in der der Prozeß gegen die geführte wurde. Sämtliche Arbeiterorganisationen werden dringend aufgefordert, gegen jedes Todesurteil zu protestieren.

In der Nachmittags-Sitzung der Konferenz führte der deutsche Vertreter Wels in Erwiderung auf die oft aufgeworfene Frage, ob Deutschland eine Demokratie oder eine Republik sei, aus, die Demokratie sei in dem besiegten Deutschland vollkommener anzuhalten, als in irgendeinem der Siegerstaaten. Er erklärte, eine neue Krise könne in jedem Augenblick infolge der Reparationsfrage ausbrechen. Obwohl die Arbeitslosigkeit gering sei, und das Volk in Deutschland nur die Befriedigung der notwendigsten Lebensbedürfnisse habe, habe doch das Land einen Punkt erreicht, der nicht überschritten werden könne. Die Reparationsforderungen drücken die deutschen Arbeiter inaussetzbar zu der Stellung von Sklaven herunter.

Der französische Delegierte Brunet jagte, die Politik Frankreichs dürfe nicht imperialistischen Absichten oder militärischen Tendenzen zugewandt werden. Es sei anzuerkennen, daß die Reparations nicht dadurch gesichert werden könne, daß man Deutschland vernichte, aber es müsse auch die finanzielle Lage Frankreichs in Betracht gezogen werden.

Die Vorarbeiten für die neue österreichische Notenbank beendet.

Wien, 19. Juni.

Der Finanzplan und das Sanierungsprogramm der Regierung sowie die Vorarbeiten für die Errichtung einer eigenen Notenbank sind mit dem heutigen Tage beendet. Die Regierung wird die entsprechenden Vorarbeiten bereits am kommenden Mittwoch im Nationalrat einbringen. In dieser Arbeit werden bereits die neu gewählten acht Nationalräte aus dem Burgenland teilgenommen. Am kommenden Montag und Dienstag werden die Parteien mit dem wesentlichen Inhalt der neuen Vorarbeiten gemacht werden, wobei die parlamentarische Erledigung des Sanierungsprogramms in einem Zuge durchgeführt werden kann. Das mühe mit einer dreiwöchigen Sommerferien.

Wahlen im Burgenland.

Am Sonntag, den 17. Juni, fand im Burgenland die Wahl zum Nationalrat statt. Das vorläufige Ergebnis wird folgendes sein:

Die Sozialdemokraten erhalten vier und die Christlich-Sozialen zwei Mandate. Zwei der restlichen Mandate werden entweder auf die Bauernbündler entfallen oder die Bauernbündler und Großdeutschen werden je ein Mandat erhalten. Das Ergebnis der Landtagswahlen im Burgenland wird wahrscheinlich folgendes sein: 12 Sozialdemokraten, 9 Christlich-Soziale, 6 Bauernbündler und 3 Großdeutsche. Hierzu kommen noch 3 Mandate der Reststimmen.

Die Uebergabe Oberschlesiens.

Berlin, 19. Juni.

Gemäß dem Räumungsabkommen sind die Eisenbahn-, Post-, Telegraphen- und Fernsprechnetze gestern 6 Uhr in Polnisch-Oberschlesien an Polen übergeben worden. In der Nacht ist der neue Fahrplan in Kraft getreten. Die neue Zollgrenze tritt heute in Kraft. Die deutschen Zollbeamten nehmen an der neuen Grenzlinie sofort den Dienst auf. Heute vormittag um 10 Uhr 40 Minuten fand in Oberglogau und gegen 12 Uhr in Kreuzburg der Flaggenwechsel statt; damit sind diese Gebiete wieder unter die deutsche Regierungsgewalt getreten. Die französischen Truppen sind heute vormittag aus Kattowitz abgerückt.

Morgen beginnt die Räumung der zweiten Zone. Am 20. Juni werden die Abkommenspolizei und die Gemeindevachen aufgelöst. Am 21. Juni erfolgt der Einmarsch deutscher und polnischer Polizei in Leobschütz und Königshütte. Am 22. Juni werden diese Gebiete von den interalliierten Truppen verlassen werden. Einen Tag später ziehen deutsche Truppe in Leobschütz und polnische in Königshütte ein.

Ein gewerkschaftlicher Beamtenbund.

Am Sonntag vormittag wurde, wie wir bereits kurz meldeten, in Leipzig in Gegenwart von 62 Beamtenvertretern,

Erster deutscher Gewerkschaftskongress.

Die Eröffnungssitzung.

SPD. Leipzig, 19. Juni. (Eigener Drahtbericht.)

Am großen Saal des Zoologischen Garten trat am Montag der 11. Kongress des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zusammen. Alle Plätze im Saal und auf den Tribünen sind besetzt. Groß ist die Zahl der Gäste und Pressevertreter. Von der Reichsregierung sind erschienen: Reichswirtschaftsminister Genosse Schmidt, Reichsarbeitsminister Dr. Braun und eine große Anzahl von Regierungsräten. Preußen hat den Landesminister Genossen Siering entsandt, die sächsische Staatsregierung ist durch den Wirtschaftsminister Kelsch und den Arbeitsminister Ristau vertreten. Auch die Stadt Leipzig hat einen Vertreter entsandt. Zahlreiche ausländische Gäste sind gleichfalls anwesend.

Um 9 Uhr eröffnet der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Gen. Leipart, die Verhandlungen durch eine Ansprache, deren erstes Wort den Toten der Gewerkschaftsbewegung gewidmet ist; Karl Legien, Otto Hue, Alois Stauda, Ger. Frig. Schrader, August Brinmann und der großen Zahl der übrigen Toten. Dann erinnert Leipart an Theodor Dörflinger, dessen Name untrennlich verbunden ist mit dem vor 50 Jahren zusammengetretenen ersten Gewerkschaftskongress. Inzwischen habe die Gewerkschaftsbewegung eine nie geahnte und höchste Entwicklung hinter sich. Ihre Mitgliederzahl, Stärke und Leistungsfähigkeit, aber auch ihr Aufgabenkreis sind gewaltig gewachsen. Der Kongress hat zu prüfen, ob in den letzten drei Jahren die Aufgabe erfüllt wurde, ob sich die Gewerkschaften neuen Aufgaben stellen können, oder neue Mittel und Wege suchen müssen, um ihrer Aufgabe gerecht zu werden. Darüber sind die Meinungen verschieden. Der Streit heftiger ist ein Beweis dafür, daß die Bewegung lebhaft ist. Not tut uns heute in der Hauptsache die Einigkeit der Arbeiter. Die Lage der Arbeiterschaft ist bedrohlich, die Lebenshaltung ist so zurückgegangen, daß wir alle Kräfte haben, alles zu tun, um die Lage der Arbeiterschaft zu bessern. Die Arbeiter hoffen, daß das erreicht wird; möge der Kongress diese Hoffnung nicht vernichten. (Beifall.)

Für die Leipziger Gewerkschaften spricht Schilling, der den Kongress begrüßt. Diese überbringt den Gruß der Stadt Leipzig.

Namens der Reichsregierung führt Minister Dr. Braun aus: Im Namen der Reichsregierung begrüße ich den 11. Kongress des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und wünsche seinen Beratungen einen guten Verlauf und besten Erfolg. Wie dem Wachstum der Gewerkschaften und mit einer Reihe von Einzelerscheinungen der letzten Jahre hängt es zusammen, daß die Frage der Stellung der Gewerkschaften zum Staat heute eine wichtige Rolle spielt. Ich denke, daß Sie trotz aller Vorbehalte für die Gewerkschaften doch der Ansicht zustimmen werden, daß der Staat keineswegs lediglich eine Wirtschaftsorganisation darstellt, und noch weniger eine Wirtschaftsorganisation im Interesse eines einzelnen Standes oder einer einzelnen Klasse. Das schließt nicht aus, daß die Gewerkschaften, ihrer äußeren Bedeutung entsprechend, einen größeren Einfluß als früher auf das Staatsleben ausüben. Schon die enge Verbindung der Lohnpolitik mit der Wirtschaftspolitik und Staatsinteressen bringt diesen großen Einfluß zu sich. Wie dem Staat gegenüber, so hat sich auch die Stellung der Gewerkschaften gegenüber der Arbeitnehmerschaft grundlegend geändert. Ich kann nicht wahr, festzustellen, daß in den zwei Jahren, während der ich dem Reichsarbeitsministerium vorstehe, sich die Zusammenarbeit reibungslos vollzogen hat. Wenn das Ministerium auch nicht mit allen praktischen Einzelheiten Ihre Wünsche bis zum letzten erfüllen konnte, so darf ich doch mit Bestimmtheit sagen, daß ein festes Verhältnis, das die gewerkschaftliche Grundfrage in Frage kommen, gehen wir einig und allezeit haben wir zusammenarbeiten können auf dem Boden gegenseitigen Verständnisses. Ich wünsche und hoffe, daß es fernzuehen so bleiben wird, solange ich auf meinem Posten ausharren muß. Auch die gesamte Reichsregierung nimmt warmen Anteil an Ihren Beratungen. Sie ist sich der großen Bedeutung der Gewerkschaften für das Staatsleben bewußt, sie ist Ihnen dankbar dafür, daß Sie sich wiederholt nachdrücklich für das Staatsinteresse eingesetzt haben. Das deutsche Volk darf nicht vergessen, daß die Gewerkschaften durch die Disziplin ihrer Mitglieder und durch die Staatsstreue ihrer Führer nach dem großen Zusammenbruch 1918 an der Erhaltung der Reichseinheit und am Wiederaufbau Deutschlands beträchtlichen Anteil haben. Ich bin der Überzeugung, daß der gewerkschaftliche Gedanke keineswegs absterben wird, daß im Gegenteil auf diesem Boden noch große, gewaltige Aufgaben für die Arbeiterschaft und für unser Gesamtvolk zu lösen sind. Um so uniger ist mein Wunsch, daß es der Gewerkschaftsbewegung gelingen möge, die kritischen Fragen der Gegenwart so zu lösen, daß der gewerkschaftliche Gedanke selber darunter keinen Schaden leidet und die Volksgemeinschaft davon Nutzen zieht. Als erste wichtige Aufgabe betrachte ich die gewerkschaftliche Schulung der neu gewonnenen Mitglieder. Ich begrüße es ausdrücklich, daß es dem A.D.G.B. gelungen ist, trotz aller Meinungsverschiedenheiten in einem eigenen Werke die gewerkschaftliche Schulung zu veranlassen. Ich glaube, es wäre für Wirtschaft und Staat sehr bedauerlich, wenn die alten prinzipiellen Kämpfe um Koalitionsrecht und Tarif-

die 13 Beamtenverbände verfrachten, die Gründung eines „Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes“ vollzogen. Im Anschluß an diese Gründungsfeier fand im Kristallpalast eine große Sympathiefeier der Leipziger Beamtenvereine für die neue gewerkschaftliche Beamtenorganisation statt, in der Menne (Reichsgewerksch.), Rohrer (Deutscher Eisenbahnerverband) und Händel (A.D.G.B.) referierten. Zustimmungserklärungen zu der neuen Gründung gaben ab: der Bezirk Berlin des Verbandes der Post- und Telegraphenbeamten, zugleich für den Bezirk Hamburg, der Verband der Justizbeamten, Vertreter der Bankangestellten und der Reichsverband der Verwaltungsbeamten. Genosse Steinlopf begrüßte die neue Gründung, der er sich zur Verfügung stellte. Schumann vom A.D.G.B. erklärte, daß die Gründung ohne Zutun des A.D.G.B. erfolgt sei. Aufhäuser vom A.D.G.B. wandte sich gegen diese Erklärung. Neumann vom Verband der Berufsgenossenschaftler sprach sich für den neuen gewerkschaftlichen Beamtenbund aus.

Am Sonntag nachmittag fand eine interne Sitzung statt, in der die notwendigen Formalitäten erledigt wurden. Ob sich der Gewerkschaftskongress mit dieser neuen Gründung beschäftigen wird, steht zurzeit noch nicht fest.

1 Dollar = 326 Mark.

SPD. Berlin, 19. Juni.

Im Hinblick auf die schwierige innerpolitische Lage war die Tendenz am Devisenmarkt bei Beginn der neuen Woche sehr fest. Die Nachfrage nach ausländischen Zahlungsmitteln war sehr lebhaft. Amtlich notierten: Kabel Newyork 326, London 1442 1/2, Holland 12 675. Am Effektenmarkt herrschte trotz der festen Devisenkurse eine sehr unsichere Stimmung. Bei den meisten Papieren überwog das Angebot. Umsätze waren nur in türkischen und ungarischen Rentenpapieren.

recht wieder aufleben sollten. Heute wird die gelbe Bewegung zu politischen Zwecken und mit politischen Mitteln gefördert. Gleich geblieben ist sich die Bewegung in der Verneinung des außerordentlichen gewerkschaftlichen Gedankens. Wie die alte gelbe Bewegung überwinden wurde, vor allem durch den gesunden Sinn und das Staatsbewußtsein der Arbeitnehmer, so muß auch die neue gelbe Bewegung überwinden werden. Die grundlegenden Schwierigkeiten, die sich aus dem Betriebsrätegesetz für die Gewerkschaften ergaben, dürften im wesentlichen behoben sein. Ueberaus bedenklich für den gewerkschaftlichen Gedanken als solchen erscheint mir eine gewisse Einbuße an Autorität der Führer. Alle großen Verhandlungen über Arbeiter- und Lohnfragen sind dadurch außerordentlich erschwert. Gerade hier haben wir es mit einer Ueberspannung des demokratischen Gedankens zu tun, die für die demokratischen und für den gewerkschaftlichen Gedanken außerordentlich gefährlich werden kann. Der Uebelstand erklärt sich aus der überfüllten Entwicklung der letzten Jahre. Ich hoffe, daß der heute eröffnete Kongress der freien Gewerkschaften ein Stück weiter auf dem Wege der richtigen Lösung der gewerkschaftlichen Probleme führen wird und wünsche der Tagung in diesem Sinne namens der Reichsregierung einen gedeihlichen Verlauf. Zum Wohle des gesamten deutschen Volkes (Lebhafter Beifall.)

Reichswirtschaftsminister Genosse Schmidt führte aus: Auf der Tagesordnung stehen die Schlichte rauchen und wieder Leben in den Werksstätten herrscht, entgeht vielfach die falsche Ansicht, daß der wirtschaftliche Wiederaufbau vollendet ist. Leider fehlt daran aber noch sehr viel. Zum Beispiel sind von 250 Hochöfen nur noch 150 in Betrieb. Allein in den letzten Monaten mühten wir 16 000 Tonnen Roheisen einführen. Der Wiederaufbau kann nicht vollzogen werden unter Preisgabe der sozialen Forderungen der Arbeiterschaft. Jeden Angriff auf den Achtstundentag werden die Gewerkschaften zurückweisen. Der Achtstundentag darf schon deshalb nicht in Gefahr kommen, weil es gelungen ist, ihn auch im Ausland zu erhalten. Nicht die schlechten Arbeitsbedingungen können die Konkurrenz auf dem Weltmarkt niederhalten. Das kann nur gelingen durch bessere Organisation und Technik. Solange Arbeitervertreter in den Ministerien sitzen, wird an dem Achtstundentag in Deutschland nicht gerüttelt werden. (Beifall.) An der ungeheuren Preissteigerung ist nicht die Regierung, sondern unsere Stellung im internationalen Verkehr schuld. Es ist nicht unbillig, unter den heutigen Verhältnissen an einzelne Erwerbsgruppen Anforderungen zu stellen. Aber leider finden wir auf der Gegenseite keine objektive Berücksichtigung der Lage der Arbeiterklasse. Bei dem Kampf um die Getreideumlage zeigt sich, daß man nicht nur einen Aufschwung mit Unternehmerrgeist, sondern einfach das fordert, was die Konkurrenz bietet, ohne Rücksicht auf die Notlage der Arbeiterklasse. Für die deutsche Arbeiterschaft gilt es, auf der Wacht zu sein, und ich wünsche, daß die freien Gewerkschaften auch in Zukunft der sicherste Hort für die deutsche Republik sein mögen. (Lebhafter Beifall.)

Arbeitsminister Ristau überbrachte die Grüße der sächsischen Staatsregierung.

Nach einem Dankeswort an die Regierungsovertreter erhält der Vorsitzende des Internationalen Gewerkschaftsbundes, Finmen, das Wort. Finmen äußert unter anderem folgendes: Alle Lohnverhörungen und Arbeitszeitverkürzungen nähern der Arbeiterschaft nichts, solange einige Kapitalisten und Imperialisten die Macht haben, durch Krieg alles wieder zu vernichten. Die erste Aufgabe der Gewerkschaftsinternationale sei daher die, die Arbeiter zu mobilisieren und davon zu überzeugen, daß es notwendig ist, ihre ganze Macht zu entfalten, um für alle Zeiten Kriege zu verhindern. (Beifall.) Die Internationale sei eine Macht. Sie habe durch den Boykott der Waffentransporte Polen wie auch Rußland vor einer vernichtenden Niederlage geschützt, und sie habe bei dieser Gelegenheit gezeigt, daß sie sehr wohl großes Unheil von den Völkern fernzuhalten wisse.

Hueber-Dien überbringt die Grüße der österreichischen Gewerkschaften. Seine Rede ist eine schwere Anklage gegen die Politik der Entente, die Oesterreich in die gegenwärtige schwierige Lage gebracht habe.

Es sprachen dann noch: Maeyn-Brüssel, Water-London, Johansen-Stockholm, Jacobsen-Ropenhagen, Bonnewie-Norwegen, Jolanski-Warschau, A. Walle-Amsterdam, Durr-Bern, Jasziak-Budapest und Schintgen-Luzernburg.

Auf eine Anfrage, warum die Russen nicht eingeladen sind, erklärt Leipart, daß alle dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Gewerkschaften, zu denen die Russen leider noch nicht gehören, eingeladen sind. Fortfahrend dankt er den ausländischen Vertretern für ihre Grüße und versichert, daß sie sich immer auf die deutschen Gewerkschaften verlassen könnten. Namens des A.D.G.B. überbringt Aufhäuser die Grüße der freien Angehörigen. Es sei zu hoffen, daß der Kongress den Vertrag zwischen A.D.G.B. und Afa funktionieren werde und daß sich auch bald als Dritte im Bunde die Beamten mit den freien Gewerkschaften vereinen würden. — Für den Zentralverband der Konsumvereine sprach Hoffmann-Damburg eine große Zahl von Gästen verzierte auf das Wort. Hiermit trat Schluß der Vormittags-Sitzung ein.

Die Stärke der einzelnen Parteigruppen auf dem Gewerkschaftskongress steht jetzt endgültig fest. Es gehören an der SPD. 463, der U.S.D. 188, der F.P.D. 90 und unorganisiert ein Delegierter. Unsere Parteigenossen verfügen also über eine Zweidrittelmehrheit.

Das Parlament der Arbeit.

Zum 11. Gewerkschaftskongress.

In höherem Maße als irgend eine Veranstaltung sonst, verdienen die Kongresse der freien Gewerkschaften Deutschlands die Bezeichnung als Parlamente der Arbeit. Sie verkörpern nicht nur die organisatorische Zusammenfassung der einzelnen Arbeitskräfte im kapitalistischen Wirtschaftsprozess; sie stellen auch die planmäßige und zielbewusste Aufwärtsbewegung der Arbeiterschaft dar.

Auch der 11. Gewerkschaftskongress, der am kommenden Montag in Leipzig seinen Anfang nehmen soll, wird eine Heeresversammlung der Kräfte darbieten, die aus dem misshandelten, verfolgten Proletariat von ehemals den Selbstbewußten und auf seine Rechte in Gegenwart und Zukunft pochenden Arbeiter von heute gemacht haben. Rund 700 Delegierte sind für diese Tagung angemeldet. Sie vertreten die gewaltige Zahl von mehr als 7 1/2 Millionen Arbeiter, die im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund ihren Zusammenschluß fanden. Neben diesem bildet bekanntlich der AFD-Bund die gewerkschaftliche Spitzenorganisation aller auf dem Boden freier Gewerkschaftstätigkeit stehenden kaufmännischen, technischen und ähnlichen Angestellten. Die Zusammengehörigkeit beider gewerkschaftlicher Säulen wird auf dem Kongress unterstrichen durch die offizielle Vertretung des AFD-Bundes durch sieben Delegierte. Auch die ausländischen Gewerkschaften, die mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund in der Amsterdamer Internationale verbunden sind, werden durch offizielle Vertretungen ihre Solidarität bekunden. Von ihnen sind bis jetzt Abgeordnete angemeldet aus England, Schweden, Belgien, Holland, Oesterreich, Ungarn, Polen, aus Luxemburg und der Schweiz. Ferner wird das Internationale Arbeitssamt in Genf, sowie die norwegische und schwedische Gesamtarbeiterschaft in Berlin sich vertreten lassen. Das Reichswirtschaftsministerium und das Arbeitsministerium haben ebenso wie der preussische Handelsminister und die sächsischen Ministerien für Arbeit und Wirtschaft die Einladung zum Kongress angenommen.

Ein Blick auf die Entwicklung der deutschen Gewerkschaften zeigt die Bedeutung dieser Organisation. Vor 30 Jahren zählten die von der Generalkommission, der Vorläuferin des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, zusammengefaßten Organisationen nur rund 237 000 Mitglieder. Ein Jahrzehnt später, 1902, war die Mitgliederzahl auf 733 000 angewachsen und im Jahre 1912, zwei Jahre vor Kriegsausbruch, wurden 2 1/2 Millionen Gewerkschaftler gezählt. Während des Krieges schmolz die Ziffer zeitweilig stark zusammen, so daß im Jahre 1916 nur noch 966 000 gebucht wurden. Dann aber begann wieder der Aufstieg, der nach dem Kriegsende sich geradezu überstürzend fortsetzte. 1919 waren bereits 5 1/2 Millionen erreicht und im vorigen Jahre zählte man 7 200 000 Mitglieder. Inzwischen trat auf Grund der Vereinbarungen der Zentralverband der Angestellten mit rund 313 000 Organisierten zum AFD-Bund über. In der Mitgliederbewegung ist also augenblicklich ein Beharrungs- und Aufwärtstrend eingetreten, der nach dem stürmischen Aufschwung seit Kriegsende mehr als verständlich erscheint. Entsprechend der Mitgliederzahl hat sich auch die Finanzkraft der Gewerkschaften entwickelt. Die letzte Zusammenstellung bezieht sich allerdings auf das Jahr 1920, da es bisher nicht möglich war von den einzelnen Gewerkschaften die Ziffern für 1921 vollständig zu erhalten. 1920 aber verbrachten die Arbeitergewerkschaften rund 747 Millionen Mark an Einnahmen und 543 Millionen als Ausgaben. Das bedeutet eine fast ungeheuerliche Steigerung gegenüber den doch auch immerhin gewaltigen Leistungen der Gewerkschaften vor dem Kriege. Noch vor 10 Jahren, 1912, betrug der Vermögensstand der Gewerkschaften rund 80 Millionen, während er heute auf über 268 Millionen angewachsen ist.

Entsprechend der Ausdehnung nach außen hat sich auch der Aufgabenkreis der Gewerkschaften ständig erweitert und vertieft. Die Erörterungen des Leipziger Kongresses werden das in lebhafter Weise widerspiegeln. Es ist zwar damit zu rechnen, daß die Verhandlungen auch dieses Kongresses von den kommunistischen Zellenbauern benutzt werden, um die Aufmerksamkeit von der gewaltigen wirtschaftlichen Bedeutung der Gewerkschaften abzulenken und die politischen Fragen noch mehr in den Vordergrund zu drängen. Jedoch zweifeln wir nicht, daß die Mehrheit der Gewerkschaftsvertreter solche Versuche zum Scheitern bringen wird. Es ist für die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter wirklich nicht erstrebenswert, die politische Zersplitterung auch auf diesen Kongress zu übertragen. Nicht als ob politische Fragen auf dem Gewerkschaftskongress keine Rollen spielen sollen. Im Gegenteil: der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat in den letzten Jahren mehr als einmal entscheidend und richtunggebend in die politischen Geschehnisse eingegriffen müssen. Der Bericht, den der Bundesvorstand dem Kongress unterbreitet, spricht davon auf mancher Seite. Aber ein anderes ist es, die Macht der organisierten Arbeiter geschlossen

in die Waagschale zu werfen, als den Kongress zu einem politischen Diskussionsklub zwischen Mesallern und Umstürzern zu machen. Die Bestrebungen, auch die deutschen Gewerkschaften zu einem Anhängsel der kommunistischen Internationale zu machen, sind zweifellos von vornherein zum Scheitern verurteilt.

Ein Blick auf die Tagesordnung des Kongresses zeigt schon, daß die deutsche Gewerkschaftsbewegung andere Sorgen hat, als einen Streit um das Heil von Moskau. Der Bericht des Bundesvorstandes wird allerdings Gelegenheit zur Aussprache über alle die Dinge geben, die von den Kommunisten in den Mittelpunkt des Interesses gerückt werden sollen. Aber darüber hinaus wird der Kongress die Fragen besprechen, die für den Aufbau und Ausbau der deutschen Gewerkschaften von grundlegender Bedeutung sind. Das Verhältnis der Betriebsräte zu den Gewerkschaften ist einer dieser Punkte. Als das Betriebsrätegesetz beschlossen werden sollte, da führten die Linksradikalen die Arbeiter demonstrierend vor den Reichstag, um die Annahme des Gesetzes zu verhindern. Schon damals sagte der „Vorwärts“, daß diese linken Parteien, die gegen die Annahme des Gesetzes demonstrieren, später einmal die Arbeiter zur Verteidigung des Gesetzes aufrufen würden. In den wenigen Jahren, die seither verfloßen sind, hat sich die Bewertung des Gesetzes schon wesentlich anders gestaltet. Zwar entspricht es in seiner heutigen Form auch nicht allen Wünschen, die sozialdemokratische Arbeiter hegen. Aber die dauernde Beschäftigung mit dem Gegenstand hat doch weiteste Arbeiterkreise zu der Überzeugung geführt, daß die Betriebsräte ein sehr wesentliches Instrument für die Vertretung der Arbeiterinteressen im Wirtschaftsprozess sein können, wenn die einzelnen Betriebsräte mit Sachkunde und Energie und im engsten Zusammenwirken mit der großen Gewerkschaftsbewegung zu wirken suchen.

In das gleiche Gebiet gehört die Frage der Arbeitsgemeinschaften und der Wirtschaftsräte, über die Rudolf Wissell berichtet soll. Und der Vortrag des Genossen Singheimer (Frankfurt) über das zukünftige Arbeitsrecht in Deutschland dürfte für die Millionen der Gewerkschaftsmitglieder von nicht geringerem Interesse sein.

Witten in die Praxis der Organisationsfähigkeit hinein aber führt die Besprechung über die Organisationsformen und Methoden der Gewerkschaftsbewegung. Bei großen Bewegungen hat es sich seit langem als erschwerend erwiesen, daß in den einzelnen Industrien verschiedene Berufsorganisationen nebeneinander wirkten, ohne sich rechtzeitig ganz miteinander verständigt zu haben. Wenn z. B. in der Metallindustrie nicht nur Metallarbeiter, sondern auch Holzarbeiter, Maschinisten, ungelehrte Arbeiter, Rüstler usw. gemeinsam Kämpfe führen müssen, muß eine solche Verständigung unbedingt vorhergegangen sein. Auch das Bestreben, eine Vereinheitlichung der Organisation auf dem Boden der betreffenden Industrie herbeizuführen, hat deswegen neue Anhänger gewonnen. Ueber diese praktischen Fragen der Neugestaltung wird der Kongress in sachkundiger Aussprache Klärung zu schaffen haben.

Von sehr hoher Bedeutung für die allgemeine Arbeiterbewegung wird auch die Stellungnahme der Gewerkschaften zu den sogenannten Notstandsarbeiten sein, eine Stellungnahme, die durch die Angriffe auf die „Technische Nothilfe“ zwangsläufig erfordert wird. Der Bundesvorstand unterbreitet dem Kongress „Regeln“, in denen er die gemeinnützigen Betriebe zu definieren sucht und erklärt, daß über Streiks in solchen Betrieben Beschlüsse erst dann gefaßt werden dürfen, wenn zuvor der Bundesvorstand des ADGB oder der Vorstand des AFD-Bundes davon benachrichtigt und ihnen eine angemessene Frist zur Vermittlung gelassen worden ist. In den Satzungen oder in satzungsmäßigen Vorschriften sollen die Mitglieder der Gewerkschaften verpflichtet werden, die vom Verbandsvorstand bezeichneten oder im Einzelfalle angeordneten Notarbeiten auszuführen. Mitglieder, die sich weigern, solche Notarbeiten zu übernehmen, sollen keinerlei Anspruch auf Gewerkschaftsunterstützung aus zentralen oder örtlichen Mitteln erhalten. Außerdem soll die Verweigerung von Notarbeiten als grobe Schädigung der gewerkschaftlichen Interessen gelten. Durch eine solche klare Verpflichtung, Notstandsarbeiten auszuführen, hofft man, endlich die Technische Nothilfe auch tatsächlich überflüssig zu machen.

Die gemeinsame Vertretung der deutschen Arbeitergewerkschaften sieht also eine Reihe von außerordentlich bedeutungsvollen Fragen vor sich, deren sachliche und der Bewegung förderliche Lösung im Interesse der Arbeiterklasse gelegen ist. Wir Sozialdemokraten, die noch immer es als ihre Aufgabe ansehen, den „Kampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten“, haben das Vertrauen zu dem Parlament der Arbeit, daß es sich nicht in kleinlichen Zankereien verlieren, sondern der Arbeiterschaft auf neuem Boden neue Wege zum alten Ziele zeigen wird. So wünschen wir keinen Verhandlungen einen guten Verlauf und vollen Erfolg!

Goldkronen mehr einführen muß als er ausführen kann, muß eben alle paar Monate eine solche Krise mitmachen. Als die Entente Oesterreich den Anschluß an Deutschland verbot, erklärten die sozialdemokratischen Staatssekretäre den Ententevertretern, wenn diese auf die angelegliche Lebensfähigkeit Oesterreichs verwiesen, daß die Existenz eines selbständigen Oesterreichs nur möglich sei, wenn die Entente es sich so viel kosten lassen wolle, das Defizit der Wirtschaft durch immer wiederkehrende Kredite auszugleichen. Da die Entente das aber nicht tun will, muß Oesterreich in schweren Krisen zugrunde gehen, wenn es nicht gelingt, auf anderem Wege Hilfe zu bringen.

Als diesen einzig möglichen Weg zur Hilfe haben die Sozialdemokraten schon als das alte Oesterreich zusammenbrach, den Anschluß an Deutschland erklärt. Aber die Entente hat diesen Weg durch den Friedensvertrag verperrt und so müßte also Oesterreich unrettbar verloren sein? Im Wiener Kreisarbeiterrat hat Dr. Bauer einen Vorschlag wieder erneuert, den er schon als Staatssekretär des Außenworts vor drei Jahren gemacht hat: Deutschland soll Oesterreich zur Fundierung einer neuen Notenbank acht Milliarden Papiermark leihen, wodurch die österreichische Krone zu einem bestimmten Bruchteil einer Mark entgeltlich würde. Durch einen weiteren Kredit von acht Milliarden Papiermark soll Oesterreich in die Lage versetzt werden, seine Wirtschaft in Ordnung zu bringen, ohne neue Noten drucken zu müssen. Es hängt nun von der Entente an, ob sie Oesterreich diesen letzten Rettungsweg versperrt oder ob sie es am Ende selbst durch den längst versprochenen Kredit vor dem Zusammenbruch retten will. Allerdings müßte der Kredit wesentlich höher sein, als der Wälferskredit, der mit 8 bis 10 Millionen Pfund in Aussicht genommen war, was Oesterreich kaum auf ein halbes Jahr aus der Verlegenheit befreit hätte. Sollte die Entente wieder nicht ernst machen wollen, so würde der Anschlußwille in Oesterreich so mächtig werden, daß er sich mit elementarer Gewalt durchsetzen würde. Wenn aber die Entente, um das Außenwort zu vermeiden, Oesterreich mit einem kleineren oder größeren Kredit bespingen sollte, so würde sich das Schicksal eben einige Monate später entscheiden. Ohne den Anschluß an das deutsche Wirtschaftsgebiet ist Oesterreich nicht zu helfen.

Reaktionärer Diebstahl ist straffrei!

Vor etwa einem Jahre berichtete der „Vorwärts“ über einen mysteriösen Waffendiebstahl in Liegnitz, der sich folgendermaßen zutrug: In der Nacht zum 29. Juni 1921 erschienen ungefähr 30 Personen mit Lastautos vor dem Ehrenfriedhof in Liegnitz, erbrachen die Tore und wollten die vier auf dem Friedhof aufgestellten Geschütze fortjahren. Die Geschütze waren neuester Konstruktion aus dem Jahre 1918. Der Friedhofswärter benachrichtigte die Schutzpolizei, welche als Anführer der Bande den bekannten Orchestriker Hauptmann a. D. von Nidisch-Koseneg und Hauptmann a. D. Liebe festnahm. Ein Geschütz war schon fortgeschafft worden, wurde aber an anderen Tage im Forst von Vorderseebe von unseren Genossen entdeckt und zurückerbracht. Daß dieser Geschützdiebstahl im Einverständnis mit Offizieren der Schutzpolizei vor sich ging, beweist folgende Tatsache: Der verhaftete von Nidisch-Koseneg, nahm dem Schupo Beamten den Hörer aus der Hand und sagte zum Oberleutnant Scholz von der Schutzpolizei: „Na, was ist denn los, Ihre Beamten treten mir ja hindernd in den Weg, ein Geschütz ist schon weg, die drei bekommen wir nicht mehr.“ Darauf wurden von Nidisch und Liebe von den Schupo Beamten freigelassen.

Nachdem die „Liegnitzer Volkszeitung“ wiederholt öffentlich anfragte, wie weit die gerichtliche Untersuchung gegen die Geschützdiebstahlbande gediehen sei, fand die ganze Angelegenheit jetzt einen geradezu aufreizenden Abschluß. Das Landgericht hatte die Eröffnung des Verfahrens wegen Diebstahls abgelehnt, weil beiden Offizieren das Bewußtsein rechtswidriger Zueignung gefehlt habe! Die ehemaligen Stützen von Thron und Altar, die Hauptleute von Nidisch-Koseneg und Liebe, haben nach der Ansicht des Landgerichts nicht gewußt, daß nächtliches Fortschaffen fremden Eigentums Diebstahl ist. Jeder dumme Junge weiß das, aber die ehemaligen Offiziere Wilhelm des Davongelassenen wissen es angeblich nicht! Es würde ein Verfahren wegen Vergehens gegen die Entwaffnungsvorschriften eröffnet. Das Schöffengericht erkannte auf Freisprechung, weil die Verurteilung vom 7. August 1920 außer Kraft getreten ist.

Als wir beim Freispruch Killingers schrieben, daß eine Wette auf den gerichtlichen Freispruch reaktionärer Mörder, Helfershelfer, Waffenschlepper, Putzküster usw. die sicherste Gewinnchance in Deutschland biete, hat die Rechtspreßse wütend gegen diese Bemerkung protestiert. Hier haben wir eine neue Bestätigung unserer Behauptung. Der Tatbestand eines nächtlichen Einbruchsdiebstahls kann nicht klarer liegen als im Liegnitzer Falle. Trotzdem eröffnet ein aus Berufsrichtern bestehendes Landgericht nicht einmal das Strafverfahren deswegen. Wegen des Vergehens gegen das Entwaffnungsgesetz erfolgt Freispruch.

Gibt es einen einzigen Menschen in Deutschland, der glaubt, daß das Resultat das gleiche gewesen wäre, wenn die Täter keine reaktionären Offiziere, sondern Linkserrichtete Arbeiter gewesen wären?!

Devisen-Kurse.

Berlin, 20. Juni.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.			
		19. Juni.	17. Juni.
Amsterdam	100 fl.	12659.15	12484.30
Brüssel (Antwerpen)	100 Frs.	2671.65	2651.65
Kopenhagen	100 Kr.	5543.05	5508.10
Kristiania	100 Kr.	6961.25	6941.30
Stockholm	100 Kr.	8389.55	8299.60
Helsingfors	100 Finn. Mk.	711.10	695.10
Rom	100 Lire.	1598.—	1602.95
London	1 £	1440.65	1433.20
New York	1 Doll.	325.69	321.59
Paris	100 Frs.	2806.45	2805.45
Zürich	100 Frs.	6182.25	6112.85
Madrid	100 Pesetas	5078.60	5043.65
Wien	100 K.	2.90 1/2	2.03
Prag	100 K.	687.20	622.20
Budapest	100 K.	84.20	83.70

Verantwortlich: für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freisinn Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Partei und Gewerkschaften August Schulz; für Interzession Heinrich Steinberg; Berleger: Heinrich Steinberg; Druck: von Friedrich Wenzel & Co. in Berlin.

Vor dem Zusammenbruch?

(Von unserem Wiener Korrespondenten.)

Wien, 18. Juni.

In den letzten Tagen lebt Wien in einer Atmosphäre von Ueberhitzung. Vielfach haben Kaufleute die Kollbalken heruntergezogen, manche suchten ihre Schaufenster unauffällig zu gestalten und begannen wieder Verkäufe anzubringen. Wie im Kriege, so haben wir auch heute bei manchen Geschäften gesehen, wie die Käufer sich anstellten, um noch rechtzeitig die Ware zu erlangen. ... So schildert das führende bürgerliche Organ die Stimmung, die heute in Wien herrscht. ... Raum zwei Wochen nach dem Amtsantritt der von dem ganzen Bürgertum mit solchem Jubel begrüßten Regierung Seipel. Und wenn wir das Bild der Rettung Oesterreichs durch diese bürgerliche Regierung vollmachen sollen, so brauchen wir nur hinzuzufügen, daß in diesem kurzen Zeitraum seit dem Amtsantritt der Regierung Seipel alle ausländischen Wälfen auf das Doppelte gestiegen, die Krone also auf die Hälfte gesunken ist und daß auch so ziemlich alle Lebensmittel doppelt so teuer geworden sind. Das ist der Erfolg dieser christlich-bürgerlichen Regierung, die am ersten Tage ihres Regierens nichts anderes zu tun wußte, als daß sie die Kapitalisten beruhigte, sie werde keine gewaltigen Maßregeln treffen: was diese sehr wohl dahin verstanden, daß die Regierung wie ihre Vorgängerin weder die ausländischen Zahlungsmittel anfordern, noch die Zwangsanleihe bei den Kapitalisten einheben, noch ihnen hohe Steuern auferlegen werde, sondern weiter auf die von der Entente so oft versprochenen Kredite warten wolle, — die aber nicht gegeben werden.

Hat die Regierung Seipel, wie alle ihre christlichsozialen Vorgängerinnen, nun auch durch diese ihre ganze Finanzpolitik

ihre gerüttelt Maß Schuld an der Katastrophe, die jetzt über Oesterreich hereingebrochen ist, so darf man andererseits nicht übersehen, daß das Ausmaß dieser Katastrophe doch auf organische Gebrechen dieses Staates zurückzuführen ist: um es kurz zu sagen, darauf, daß dieser Staat, wie ihn der Friedensvertrag von St. Germain geschaffen hat, nicht lebensfähig ist und von vornherein nicht lebensfähig war — und hier liegt das zweite Verbrechen, das die Christlichsozialen begangen haben, indem sie den Glauben verbreiteten und ihre ganze Politik darauf aufbauten, daß Oesterreich lebensfähig sei — obwohl es von allem Anfang an klar war, daß die österreichische Wirtschaft, nachdem das größere Wirtschaftsgebiet sowohl der entwickelten Landwirtschaft, als der industriereichen Gegenden beraubt worden ist, passiv ist. Die Passivität der Handelsbilanz wurde bereits für das Jahr 1921 amtlich mit beinahe einer Milliarde Goldkronen festgestellt und sie ist es, die an allen Krisen, am Sturz der Krone und an den Teuerungspaniken schuld ist. Daß Oesterreich sich aus eigener Kraft nicht selbst erhalten kann, hat auch die Entente selbst eingesehen und deshalb hat sie im Friedensvertrag Oesterreich Hilfe versprochen, — die berühmten Kredite, auf die wir immer noch warten — oder die wir, so weit sie schon gegeben wurden, längst verkonsumiert haben, ohne daß dadurch unsere Volkswirtschaft oder auch nur unser Staatshaushalt sanfter worden wäre.

Solche Krisen wie jetzt hat Oesterreich schon mehrmals erlebt — es muß sie alle paar Monate von neuem erleben und wenn jemals, so muß jetzt auch dem Verblendeften offenkundig werden, daß es sich nicht um eine vorübergehende Krise handelt, die mit irgend welchen Palliativmitteln beseitigt werden kann, sondern daß die Krise die Wirkung der Lebensunfähigkeit des Staates ist. Der Staat, der jedes Jahr um mehr als 800 Millionen

Freistaat Lübeck.

Dienstag, 20. Juni.

Aus der Bürgerschaft.

Um ein Haar und die Lübschen Parlamentarier hätten gestern Kehraus gemacht. Aber die Kommunisten waren um 10 Uhr wie die Presse arbeitsmüde und warfen den wenigen Kollegen im Saal das Lasso um den Hals. Damit war um 10 Uhr Feierabend. 20 Senatsanträge und 2 Anträge aus der Bürgerschaft waren erledigt. Uebrig blieben nur noch zwei. Darunter der der Volksparteilichen Bühlerin um Philistergünst Frau Zimmermann über die Zudezukunft nach Lübeck. Wir hätten die Erledigung des letzteren gern gesehen, weil es von uns immer von Interesse ist zu beobachten, wie sich die Vertreter der Schwerindustrie und des Großhandelskapitals über die schöne Melasse wundern, die sie selbst so süß anrühren und dem Volke so sauer präsentieren. Wenn es noch lange dauert, dann wird der Brei noch ganz verderben. Die tapferen Streiter im Sinneszirkel scheinen überhaupt ihre verehrte Freundin als Prügelheldin zu benutzen. Selbst der Magistrat der Stadt Frankfurt schickte ein Schreibebrieflein, in dem der Frau Zimmermann der Vorwurf einer haltlosen Verdächtigung gemacht wurde. Die Stadt Frankfurt ist jedenfalls im Recht, wenn sie tränkende Vorwürfe zurückweist und es ist die Pflicht jedes Volksvertreters, sich genau zu orientieren, ehe er Anklagen erhebt. Hier trifft es nun zu, daß eine Abgeordnete daneben gehauen hat und wir sind die letzten, ihr daraus einen Strich zu drehen, sintemalen in Beziehung der Warenverschöpfung Angeheuerliches vorgekommen ist. Aber die Volksparteilichen haben gar keine Ursache, sich darüber zu mühen, denn ihre Partei und ihre Aderwandten deutschnational-agrarischen sowie hanfahändlerischen Stammes sind ja gerade die Urheber, sind die Treiber und Nutznießer des Freihandelsprimipis unseres warenungrigen Landes. Nun haben sie die Taschen unperfekterwoll. Die Taschenfüllung ging auf Kosten der Volkswohlfahrt, mit auf Kosten eigener Parteigänger, und nun kommen diese Waisentuben und mimen die Unschuldigen. Das ist eitle Heuchelei und die gehört an den Schandpfahl. Aber diese Wahrscheinlichkeiten mögen die Stimmesleute nicht hören; legt man der Kasse die Schelle um, dann geht das Winseln los und sie jammern, wie der Rechtsgelehrte Ewers, ganz unmotiviert über marxistische Vorlesungen oder kommunistische Goldwerttheorien. Die letzteren sind ganz ungefährlich, denn die Kommunisten sind beim Ausgeben ebenso sparsam wie ihr Gegenpol. Sie lehnen auch gestern jede notwendige Auffrischung der Staatskassen ab — Krankenhaus, Schulgeld. Dafür leisteten sie den Reaktionsären Hilfe bei deren Bestreben nach militärischer Macht und diktatorischer Gewalt. Sie zauberten die rote Armee ebenso feenhaft am Nachthimmel heroor wie die Morgen-Deute die weiße. Recht fürcht war die Begründung der Abschaffung der Telefonzentrale im Polizeiamt. Ebenso gut hätten die Kommunisten die Vernichtung der Feuerlöschvorrichtungen beantragen können, weil sie kapitalistischen Hausbesitzern zugute kommen könnten.

Der Erhöhung des Schulgeldes und der Gebühren für das Krankenhaus stimmte unsere Fraktion nur unter der Bedingung zu. Die fortwährende Geldentwertung fordert jedoch auch für den Staatsfiskus einen Ausgleich. Die Genossen Heuer und Reischer legten unsern Standpunkt zu diesen wichtigen Vorlagen dar und forderten gebührende Rücksicht der schwachen Schultern. Eine weitere Senatsvorlage wollte schnell die Frauengewerkschule — bisher eine bezugslose Einrichtung für Elternkinder, die man aus dummem Stolz gern vom Allgemeinen absondert — in Staatsregie überführen. Genosse Haubt drehte den Schlüssel zu dem goldenen Türchen vorerst noch um. Erst soll einmal genau nachgesehen werden, wie diese, für Mädchen gewiß zweckmäßige Einrichtung allen Kreisen dienlich gemacht werden kann. Auch Herr Ambrosius von den Demokraten war dieser Meinung.

Die Technische Nothilfe wurde durch einen kommunistischen Antrag berührt. Es ist nämlich Tatsache, daß die höheren Lehranstalten einen Teil der Truppen stellen, und ein solcher Zustand ist dies wirklich nicht. Leider sind die Freunde der Antragssteller gerade diejenigen, die durch ihre wahnsinnige Politik diese Einrichtung von Reichs wegen erzwingen. Aber so war es bei den Kommunisten stets, erst werfen sie alles über den Haufen und dann jammern sie über die Scherben. Wir Sozialdemokraten sind über die Entwicklung der Technischen Nothilfe sicher auch nicht begeistert. Die Gewerkschaften sind auch eifrig bemüht, ihr eine andere Fassung zu geben. Unsern Standpunkt zu dieser Frage erläuterte Genosse Schulz.

Zwischenbücherei riefen sich die Kommunisten mit ihren vielen, doch zum Glück kurzen Reden an dem Polizeisenator und hielten sich ebenso schnippische Antworten. Herr Henk gab der Polizei die Nummer eines außerordentlich schnellfahrenden Autos zur scharfen Beobachtung an. Daß unter den ungeheuer vielen, unsere guten Landstraßen und Fußgänger malkätternden Luftkraftwagen Herrn Henk gerade die Nummer 190 so oft auffällt, ist etwas auffällig. Wenn man aber der parteipolitischen Orientierung des lieben Herrn aus Biltwisch den Tauffisch des bösen Autlers gegenüberstellt, dann wird es trotz Staubwolken und Benzindunst licht: Herr Henk ist deutschmonarchistisch und der Autler — ein Jude. . . . Dann hörte noch Herr Rosenquist durch einen antisozialistischen Piepser. Im übrigen aber wurde tüchtig beraten und fix erledigt.

Die Buchausstellung im St. Annen-Museum.

Wir haben bereits mehrfach auf die äußerst interessante Bücherausstellung im St. Annen-Museum hingewiesen. Wohl selten findet sich Gelegenheit, eine solche Fülle kulturhistorischer Materials in so vorzüglicher Gruppierung und Ausgestaltung zu sehen. Vier Räume unseres schönen Museums für Lübecker Kunst- und Kulturgeschichte sind damit gefüllt und erregten bisher das Interesse kunsttuniger Besucher. Die Ausstellung bewegt aber auch einen hohen künstlerischen Wert für die Geschmacksbildung, sie zeigt die Aufwärtsbewegung der Buchdruckkunst und gibt im speziellen eine Einsicht in die stil- und kulturgeschichtliche Entwicklung. Dementsprechend ist einerseits die historische Anordnung getroffen und andererseits, soweit es die Objekte erfordern und der Raum es zuläßt, wird eine geschickte Gegenüberstellung des künstlerisch Wertvollen und des Ritzigen in der Uebergangsperiode in der Mitte des 19. Jahrhunderts („Geibelzeit“) geboten. Die für die Ausstellung gewählten Räume sind als Rahmen der Ausstellung aus glücklicher angepaßt.

Ehe wir zum nützlichenden Besuch der Ausstellung für unsere Leser einen gedrängten Ueberblick geben, sei daran erinnert, daß die Stadtbibliothek, die anlässlich ihrer Dreihundertjahrfeier diese Ausstellung zur Entwicklungsgeschichte der Buchdruckkunst veranstaltet, in früheren Jahren schon eigene Ausstellungen zur Schau stellte. So die Niederdeutsche Ausstellung Pfingsten 1921 und die Lübeckisch-Nordische Ausstellung in der Nordischen Woche 1921. Die Stadtbibliothek beteiligte sich auch an der Weltausstellung in Chicago und an der Weltausstellung für Buchgewerbe und Graphik zu Leipzig 1914.

Der 1. Raum bietet Werke vom 12. bis einschließlich 15. Jahrhundert. Die Bücher sind stimmungsvoll auf allen Trüben, Lücken, Böckern und Fensterbänken ausgelegt. Vorhanden sind Wandschilde, z. T. mit den Ketten, an denen die Bücher an den Wänden, auf denen sie lagen, angeschlossen waren. Reicher Zierrat an eingepreßten Stempeln und Rollen an Bucheln und kunstvollen Schließen ziert diese ausserlesenen Bände.

Im 2. Raum (16. Jahrhundert) ist die Fortsetzung des vorigen und enthält Bände mit besonders schöner Bressung.

Der 3. Raum (vorderer Teil 17./18. Jahrhundert, hinterer Teil 19. Jahrhundert bis in die 80er Jahre) enthält Klassikerreihen in ihren Originalbänden jener Zeit. Ferner die luftigen kleinen Almanache aus der Schillerzeit und mit feinstem Zierrat geschmückte Bändchen in der Glasovitrine inmitten dieses Saales, sowie die Stammbücher mit ihren intimen Reizen, außerdem wertvolle Barockbände. Jeder Freund des schönen Buches kommt dabei auf seine Kosten als Beschauer. Rechts neben der

Tür zum letzten Ausstellungsraum steht ein Schrank, dessen Bände den Tiefstand der Buchbinderei um die Mitte des 19. Jahrhunderts zeigen.

Der 4. Saal zeigt die neueste Zeit: vom Jugendstil bis zur Gegenwart. Die geschmackvolle Gliederung des Buchdeckels und des Buchrückens, die Schriftgestaltung, der Verlegerband, der einfache Handeinband, der Luxusband: das sind die Hauptthemen dieses jüngsten Teils der Ausstellung. Wir dürfen feststellen, daß der neueste Aufschwung dieses Kunsthandwerks in der letzten Zeit überraschend schöne Erfolge zeitigt, so daß die alte Höhe, die wir in den Stücken der früheren Jahrhunderte bewundern können, ziemlich wieder erreicht ist. Neue Zeiten fordern neue Ausdrucksformen, ihre besten hier geeigneten Repräsentanten sind in dem letzten Raum die Arbeiten des Hamburger Franz Weisse und seiner Schüler. Auch die einzelnen Stücke des Jakob-Krause-Bundes (Verband der Kunstbinder Deutschlands); so genannt nach dem größten Kunstbinder der Renaissance) und weitere Hamburger Arbeiten sind hochkünstlerische Leistungen. — Alfred Mahlau hat den letzten Raum sehr stimmungsvoll, mit einer kleinen lustigen Note ausgemalt.

Den Löwenanteil an Ausstellungsstücken trägt natürlich die Stadtbibliothek; für die ältere Zeit wurden einhalb Duzend Stücke aus dem Staatsarchiv hinzugenommen, die wertvollen Stücke der Stadtbibliothek aus der neuesten Zeit wurden in reichem Maße ergänzt durch Hamburger und Lübecker Privatbesitz, den Jakob-Krause-Bund, das Kunstgewerbemuseum und die Kunstgewerkschule zu Hamburg. Der wundervolle Schrank, der die Sammlung Flemming zeigt, ist nunmehr seiner besten Bestimmung zugeführt.

Der Ausstellung galt in gleichem Maße die Bemühungen der Stadtbibliothek wie die des Museums Lübecker Kunst- und Kulturgeschichte. Typisch für Lübeck ist, daß der Besuch auch dieser Ausstellung seitens kunstliebender Bürgerfreunde von auswärts einfließen demjenigen der paar hundert Einheimischen mindestens die Wage hält. Kunstbarer Krämergeist der neuen Lübecker Generation! Eine Gelegenheit, wie diese, lehrt in absehbarer Zeit nicht wieder, und die letzten Tage drängt sich dann alles zusammen. Drum ist frühzeitiger Besuch zu empfehlen, auch der Arbeiterjugend! Die Ausstellung wird bis Ende Juni gezeigt. Sie ist täglich außer Montags von 11—2 und von 4—6 Uhr geöffnet. Für die Hörer der Volkshochschule ist der Besuch dieser Ausstellung deshalb ganz besonders zu empfehlen, da Bibliotheksdirektor Genosse Dr. Pielich im Winter das Thema: „Schrift- und Buchwesen in alter und neuer Zeit“ in der Volkshochschule behandeln wird.

Was das Telefon kosten wird.

Neben den übrigen Erhöhungen der Posttarife treten am 1. Juli auch die Erhöhungen der Fernsprechtarife für dringende und nicht dringende Gespräche ein, für die ein Teuerungszuschlag von 160 % festgesetzt worden ist. Danach wird das Gespräch von der öffentlichen Sprechstelle aus von 3 Minuten Dauer bei 5 Kilometer Entfernung 1,30 Mk. kosten, während das dringende Gespräch mit 3,90 Mk. bezahlt werden muß. Das Gespräch des Teilnehmers wird statt 0,45 Mk. 0,65 Mk. Einzelgebühr kosten, das dringende Gespräch erhöht sich bei 3 Minuten Dauer und 5 Kilometer Entfernung um 1,95 Mk. neben der gleichfalls mit einem Zuschlage von 160 % bedachten Grundgebühr. Zur Erleichterung der Berechnung der Gebühren für die Ferngespräche hat das Reichspostministerium eine neue Gebührentafel herausgegeben, die sämtliche Gesprächsmöglichkeiten zur Gebührenerrechnung enthält und für alle Gespräche bis zur Dauer von 1 bis 15 Minuten und einer Entfernung von 1400 Kilometern enthält. Das teuerste Gespräch ist ein 15-Minuten-Gespräch nach der 18. Zone (1300 bis 1400 Kilometer), welches vom 1. Juli ab die Kleinigkeit von 292,50 Mk. kosten wird; das dringende Gespräch für gleiche Entfernung und Zeit würde 877,50 Mk. kosten. Auch die Nebengebühren für andere Sonderleistungen werden erhöht: Die Gebühr für eine Auskunft bezw. diejenige für die Streichung einer Gesprächsanmeldung beträgt 1,95 Mk., die Vortagsanmeldung 3,60 Mk., das X.P. V. oder das N.Gespräch je 5,20 Mk. für die erste Person, 2,60 Mk. für jede weitere Person. Der gleiche Beitrag wird auch für die Erstattung einer Rückmeldung als Gebühr gefordert werden.

Antje Möller.

Ein Roman aus Schleswig-Holstein von A. von der Eider.

23. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

Sechstes Kapitel.

Das Haus des Tausendkünstlers, Drees Möller lag auf der Armenleutseite von Immstedt, gegenüber von der reichen Reihe einer Reihe stattlicher Häuser, die einander ähnlich sahen wie ein rotbrauner Oche dem andern, da die wohlhabenden Bürger Immstedts einander in Kleinerlichkeiten nicht gern etwas nachgaben.

Die sogenannten kleinen Leute nahmen es mit der Gleichmäßigkeit nicht so genau. Da war ein Häuschen etwas breiter, das andere etwas höher. Dieses hatte eine blaue Lufttür, jenes eine arüne, und die Fensterkreuze harmonisierten nicht einmal mit den Türen. Aber mit Reih gedeckt waren sie alle, und das Moos lehte sich auf ihr Reihdach ebenso wie auf die Pfannendächer der reichen Reihe. Schief waren die Häuschen auch alle. Sie hatten einen und denselben Baumeister, den Maurer Georg Buddel, der oft tiefer in die Kimmelsacke guckte, als einer geraden Mauer dienlich war.

Dreesohms Haus war entschieden das kleinste von allen, als ob es bei seinem Bau an allem gemangelt hätte.

Die Kleinheit des Hauses war aber gerade sein Vorzug, wie Dreesohm jedem, der es hören wollte, haarklein bewies. Ein großes Haus, eine große Sorge; ein kleines Haus, eine kleine Sorge. Und Dreesohm hatte eigentlich keine Sorgen, weil das Haus nicht sein eigen war. Er brauchte weder Grundgeld noch Brandtassengeld zu bezahlen. Selbst die Reparaturen mußte die Gemeinde tragen.

Hübsch man war es in dem Häuschen, man sparte an Holz und Torf. Dann war es auch sehr bequem; nur drei Schritte brauchte man von der Stube nach der Küche und drei Schritte wieder zurück. Wollte man mit den Nachbarn leuten sprechen, brauchte man nur über die Diele zu gehen; das war gewiß nicht zu unterschätzen. Das feste aber war, daß kein Einbrecher jemals auf den Gedanken kommen konnte, sich das Haus von innen anzusehen und daß keine jeweiligen Bewohner nie vom Hochmutsfenster geplagt wurden.

Ja, wenn man Dreesohm hörte, mußte man glauben, daß das Haus nur seinem Wunsche gemäß so erbaut worden wäre.

Dreesohm verstand es wie wenige, den Honig selbst aus der unscheinbarsten Blüte hervorzuholen. Er war nicht allein ein Tausendkünstler wegen der geschickten kleinen Reparaturen, die er

machte, nein, er war es vielmehr wegen der tausenderlei Künste, mit denen er aus dem Leben überall das Gute und Schöne hervorlockte. Wie es nur ein Mutterherz versteht, aus einem Schmerzensbett eine Glückswiege zu zimmern, so hatte er bald aus Antjes trauriger Heimkehr ein großes Glück gedreht.

„Es war die höchste Zeit, das Du kamst, Deern,“ sagte er ihr, als sie ihm mit tränenden Augen Gesicht gegenüber lag. „Ich hätte es nicht lange mehr allein gemacht; wenn man so eine jährig Jahre auf dem Buckel hat, kann einem leicht mal was ankommen. Mit dem Drehscheln und Kitten und Klütern langt es knapp zu Kartoffeln und Speckstüppels. Die neuen Sachen werden oft sauer billiger; es verlohnt sich kaum mehr; nen alten Topf zu kochen. Das ist die Neuzeit! Ja, es ist 'ne schlechte Sache, auf ander Leute ihr Malheur zu spekulieren. — Was nun werden soll? Mit Deinen zweihundert Talern fängst Du einen Kramhandel an. Der ernährt Dich auch, wenn ich nicht mehr da bin. Ich klütere Dir einen kleinen Laden zusammen und schleppe Dir alles heran, und dann sollst Du mal sehen, wie das Spielwerk gehen wird. Das reiche Ende wird Dir wohl nicht die Tür einlaufen, die laufen bei Kaufmann Michelsen an der Ecke; da ist die Tür größer. Aber die kleinen Leute werden Dir schon kommen. Sollst mal sehen, die Karre geht! Nebenbei kannst Du ja noch ein bißchen nähen; und ich lasse keinen vorbeigehen, der mir etwas zu fliden bringt. So bist Du wenigstens Dein eigener Herr, und es hat Dir keiner was zu sagen.“

Antje seufzte. „Ach, wenn es nur schon überstanden wäre, ich habe schreckliche Angst.“

In diesem Augenblick trafen ihre Blicke den Wandbruch. „Hoffnung“ schimmerte es ihr entgegen, wie ein tröstender Zuruf. Sie klammerte sich an das Wort und fachte frischen Mut.

Es kamen dunkle Tage genug für Antje, und der Alte hatte manchmal nötig, zu rufen: „Grabe auf als ich!“ Aber wenn sie auch dazu fähelte, blieben doch ihre Augen traurig.

Gern sah sie am Fenster, versteckt von der Gardine, und spähte die Straße entlang. Wenn denn ein Mann daferkam, groß und schlank gewachsen, mit festem, lautem Tritt, dann behie ihr Herz und fing an zu hämmern, und war er vorbeigegangen, schwamm alles vor ihren Augen, und sie mußte erst ein Taschentuch nehmen und sie auswischen, ehe sie weitersehen konnte. Dann blühte sie sich wohl mal verzweifelt um, aber ihr Blick blieb immer wieder auf dem Wandlegen haften. Von ihrem Fensterlaß aus las sie: „Globe“. Das war für sie auch ein schönes Wort und ein wirklicher Segen.

Währenddessen kam über Dreesohm eine fieberhafte Tätigkeit. Es war ein Arbeiten, das ihn erfüllte und verjüngte und

ihn nicht anfeuerte. Er sagte, hämmerte in einem fort und kam nur ab und zu mal herein, um Antje Bericht zu erstatten.

„Sagst Du denn das Tischlern gelernt, Ohm?“ fragte Antje.

„Nawohl, ganze vier Wochen“, war die Antwort. „Ich hatte Lust am Handwerk und pfiff beim Hämmern und hämmerte nach dem Takt meines Pfeifens. Dabei schlug ich mir im Takt recht derb auf die Finger. Ich bekam eine schlimme Hand und mußte nach Hause. Als ich wiedergehrt war, hatte mein Meister schon einen neuen Lehrling. Er war ein Mann von reichem Einschlag. Na, da ließ ich mir meine Stiefel neu bescholen und ging weiter.“

Als das Gestell zu einer Ladeneinrichtung fertig war, hing er an zu streichen.

„Ich wäre ein ganz gefäufiger Maler geworden,“ gestand er Antje, „aber mein Meister verstand nichts von der Kunst. In das etwa schlimm, wenn man auf einer alten Bauernbiede in dem Geiprenkel ein paar kleine Fragen mit hineinmalt? — Einmal waren sie etwas gar zu ähnllich ausgefallen. Da sagte mein Meister mir: 'Abj', ich ließ meine Stiefel neu bescholen und ging.“

Als die Karbe trocken war, ging es an ein Kleben. Dreesohm machte eigenhändig diesen Kleber und klebte alte Zigarrenstiften und Rollen von innen und außen fein aus. In manche kamen kleine Kröcher hinein für Nadeln, Zwirn und dergleichen. Es wurde allerlieblich.

„Tapezieren hast Du wohl auch gelernt?“ fragte Antje.

„Ja, das lernte ich in vierzehn Tagen. Ich war ein elender Bürschchen, als ich bei meinem Meister in die Lehre kam, und er war ein Goliath. Als ich vierzehn Tage da war, ging Meister Goliath über die Straße zum Krüger, um ein altes Sofa neu aufzupolstern; ich mußte mit dem Saß Hebe nachkommen. Nun war der Saß aber atöfer als ich. Er zog mich hinten über; als ich mitten auf der Straße war, warf mich das Vieht um und legte sich quer über mich, daß ich mich nicht rühren konnte. Das gab ein großes Hallo. Als ein paar mitleidige Menschen mich endlich hervorgezogen hatten, kam auch Meister Goliath herbei. Er wollte meine Ohren lang stehen, aber dann gingen einige auf ihn los und sagten, es wäre eine Schande, daß er dem kleinen David eine Last aufbürde, die größer sei als er. Da nahm Meister Goliath selbst den Saß und ging, und ich konnte draußen bleiben. Das Ende vom Liede war.“

„Daß Du Dir Deine Stiefel neu bescholen liegst. Ach Dreesohm, Du hast viele Sohlen gebraucht!“

„Sag' ich, mein Deern, hab' aber dafür auch die Welt kennen gelernt.“

Einmal sprachen sie von Antjes Mutter. Antje überwand ihre Scheu und fragte, wer ihr Vater wäre.

(Fortsetzung folgt.)

Der Streik der Kaufmanns- und Weinarbeiter ist nach einjähriger Dauer zur Zufriedenheit beider Parteien beigelegt worden. Deutscher Transportarbeiterverband, Ortsverwaltung Lübeck.

„Zapfenstreik“. Unter dieser Notiz brachten die Lübeckischen Anzeiger kürzlich einen Artikel, der sich mit dem Reichsarbeiterporttag beschäftigt. Das Blatt frohlockt in alberner Weise darüber, daß am Sonnabend im Garten des Gewerkschaftshauses das Trommler- und Pfeiferkorps der Arbeiterturner den Zapfenstreik zu Gehör gebracht hat. Es spricht dann von einem militärischen Stück, bei dessen altheimlichen Klängen manchem die Augen leuchten würden. Ja, es ist wahr, manchem haben bei den altheimlichen Klängen die Augen geleuchtet. Es war nämlich die — Marcella Lise, die gespielt wurde. Schade, daß der Amtsstoffoffizier dieses schön vorgetragene Stück nicht gehört hat. Dann würden ihm wohl die Augen überlaufen sein. Seine Naivität und Unkenntnis offenbart der Artikelsschreiber des Amtsblattes weiter darin, daß er von einem Reichsarbeiterportverein spricht, den es gar nicht gibt und auch noch nie gegeben hat.

Auslandschäden. Von der Ortsgruppe Lübeck des Bundes der Auslandsdeutschen wird darauf aufmerksam gemacht, daß die im § 12 des Auslandschädengesetzes für die Anmeldung von Auslandsgewaltsschäden gefestigte Frist am 30. Juni abläuft. Es wird allen im Auslande Geschädigten, welche ihre unter das Auslandschädengesetz fallenden Schäden im endgültigen Entschädigungsverfahren noch nicht angemeldet haben, dringend geraten, das bis zum 30. Juni unter Benutzung der vorgeschriebenen Formulare bei der Prüfungsstelle des Bundes der Auslandsdeutschen, Hamburg 5, Große Allee 26 nachzuholen. Antragsformulare sind erhältlich: für Rußland-Deutsche: Fischergrube 4, Kontor Christian Gade; für alle übrigen Auslandsdeutschen: Sophienstr. 4a bei A. Meusel.

Lehrerzuschüsse für Kriegsveteranenpfränder. Die amtliche Hauptförderstelle für Kriegsveteranenpfränder und Kriegshinterbliebene schreibt uns: Wegen der weiteren Zunahme der Leuturung sind die Sätze der Lehrerzuschüsse, die nach den Klassen vom 1. und 7. Dezember 1921 an solche Rentenerpfränder gezahlt werden, deren regelmäßiges Einkommen ohne die Versorgungszuschüsse die Erwerbslosenunterstützung nicht übersteigt, wiederum erhöht. Für die Rentenerpfränder, deren Einkommen die Höchstätze um nicht mehr als die Hälfte übersteigt, werden dieselben Lehrerzuschüsse gezahlt, wie bisher an die Rentenerpfränder, deren Einkommen die Höchstätze der Erwerbslosenunterstützung um nicht mehr als 1/4 übersteigt. Ab 1. Juli können aber auch solche Beschädigte, die eine Rente von weniger als 50 vom Hundert beziehen und erwerbsfähige Witwen auf Antrag Lehrerzuschüsse erhalten, wenn sie trotz eigenen eifrigen Bemühens und trotz der Mithilfe der Fürsorgebehörde eine regelmäßige Erwerbstätigkeit nicht haben aufnehmen können und wenn sie neben der Rente kein Einkommen haben, daß die jeweiligen Höchstätze der Erwerbslosenunterstützung um mehr als die Hälfte übersteigt. Die Lehrerzuschüsse können endlich auch Empfänger eines Liebergangsgeldes und Empfänger einer Witwenbeihilfe gewährt werden. Alle Anträge sind zu den bestimmten Zeiten an die amtliche Hauptförderstelle für Kriegsveteranenpfränder und Kriegshinterbliebene, Unterrichts 104, Zimmer 13 und Zimmer 23 zu richten, durch welche Stellen auch die Auszahlungen stattfinden.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Vorstand und Aufsicht. Heute abend 7 1/2 Uhr Sitzung im Gewerkschaftshaus mit Bezirksführern.
Jungvolkistischer. Heute abend 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung, Hauptstraße 110. Wichtige Tagesordnung. Der Arbeiterausschuß.

Angrenzende Gebiete.

Schwaben. Anzeigepflichtige Krankheiten wurden im Landestheil Lübeck im Mai gemeldet: Paratyphus 1 Fall in der Landgemeinde Cuxin, Diphtherie je 1 Fall in Cuxin, Stadtgemeinde Cuxin und Malente, Tuberkulose 1 Fall in Cuxin und 2 Fälle in Stöckelsdorf.

Hamburg. Die Bergung des Dampfers „Wacaré“ in den Vulkan-See übertragen worden. Die Kosten werden auf etwa 15 Millionen geschätzt. Dem Läufer Rind, der alle ihm zugehörigen Inventarstücke von Deck des auf der Steuerbordseite liegenden Schiffes entfernt hat, gelang es am Montag nachmittag beim Durchfahren der Kapitänsräume, die Leiche des Kapitäns-Stewards aufzufinden: dies ist der zweite Leiche, der innerhalb des Dampfers geborgen werden konnte. Heute sollen die unteren Räume der Dampfers nach Osten der Katastrophe durchsucht werden. — Granatenwerfer vor Dahlmanns Wohnung. In der Nacht zum Sonntag explodierte vor der Wohnung des kommunistischen Bürgerpartei-Mitgliedes Dahlmanns in der Siemenstraße eine Granate. Dahlmann selbst war nicht im Hause. Durch die Explosion der Granate ist erheblicher Sachschaden entstanden. Scheiben zerbrachen und Türen splitterten. Frau und Kinder Dahlmanns waren im Hause, blieben aber glücklicherweise unverletzt.

Gleichenberg. Ueber die „Pfadfinder“ von Gleichenberg wird dem „Vorwärts“ berichtet: Es ist bekannt, daß die Pfadfinder nach ihrer formalen Auflösung sich unter Führung ihrer monarchistischen Offiziere als sogenannte Arbeitsgemeinschaften auf dem platten Lande niedergelassen haben. Dabei sind sie in militärischen Formationen verblieben und betreiben militärische Übungen. Unter Gewährung hatte Gelegenheit, am 1. Augustabend in Gleichenberg eine Abreise dieser Organisation zu beobachten. Voran marschierte — wie nicht anders möglich — Knäppelmann aus Krommeln und Weitemer zusammengefaßt, dahinter, an der rechten Seite und hinten wurde der Zug militärisch gelehrt von Offizieren in den alten Uniformen mit Gewehren, Kolibrihüten und was so drum und dran hängt. Der dienstliche Großgrundbesitzer und Gemeindevorstand Weidemann-Gleichenberg erklärte auf Anfrage nach dem Zweck dieses militärischen Aufzuges, daß es sich nicht etwa um Selbstschutz, sondern um „Pfadfinder“ handelt, die allerdings auf den Gleichenberg anzufragen seien. Er meinte weiter, daß ihm das Herz höher schlage, wenn er diese Leute und ihre Formationen sehe und daß er keineswegs, wie viele Formationen nur auf den Augenblick waren, in dem der Befehl gegeben wird, gegen alles, was augenblicklich herrscht, vorzugehen und es zu befeitigen. Man könne in der Gegend diesen Augenblick kaum abwarten. — Manchmal kommt es auch anders, als sich die „Pfadfinder“ denken. Und das ist wahrheitsgemäß, denn die Pfadfinder leben nicht allein auf der Welt.

Hamburg. Die Groß-Hamburg-Frage. In der Halbmonatschrift „Der geborene Staat“ veröffentlicht der preussische Staatskommissar Dr. Südekum einen Artikel zur Groß-Hamburg-Frage, worin er auseinandersetzt, daß die Verwirklichung der Hamburgischen Hafenverwirklichung Gebiet nur unter der Voraussetzung abgelehnt werden: Gegenleistungen der Hansestädte überlassen, die Vergabe von Gebieten an Siedlungsgebiete jedoch grundsätzlich ablehnen wird, ebenso wird die Vergabe von Gebieten zur Schaffung einer eigenen hamburgischen Industrie abgelehnt. Durch gemeinsame Einwirkungen (gemeinsamwirtschaftlicher Hafenbetrieb, Siedlungsgebiete) könnten die Nachteile der bestehenden Landesgrenzen überwunden werden. — Die Hamburger sind mit

einer derartigen Regelung ihrer Lebensnotwendigkeiten durchaus nicht einverstanden. Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei hat den Genossen Südekum gebeten, seinen Standpunkt an Ort und Stelle zu vertreten.

Waren. Mordversuch? Die Arbeiterfrau L. hat ihrer 10jährigen Tochter in einem Wutanfall mit einem Küchenmesser den Hals zu durchschneiden versucht. Das aus der Wunde strömende Blut scheint die entnervte Mutter ernüchert zu haben, so daß es von dem Kinde abließ. Es wurde nach Anlegung eines

Notverbandes mit einer klaffenden Schnittwunde am Halse dem Krankenhaus zugeführt. Die Rabenmutter wurde verhaftet. — Schwere Unwetter sind am Sonnabend über Süd- und Nord-Mecklenburg niedergegangen. In Waren gingen eine Reihe sehr heftiger Gewitter nieder. Ein wolkbruchartiger Regen veranlaßte Straßen und Anlagen bald in regelrechte Wasserläufe. An anderen Orten wurden ungünstig liegende Räden und Keller überflutet. Die Wasserfluten haben auch in Gärten und Feldern großen Schaden angerichtet.

Lübecker Bürgerschaft.

Lübeck, 19. Juni.
Beginn 6.10 Uhr.

Wortführer G. Ehlers.
Nach Verlesung verschiedener Eingaben und Senatsdekrete verlas der ständige Senatskommissar ein Schreiben des Magistrats in Frankfurt a. M., in dem gegen eine Neukernung des Bürgerausschusses Frau Zimmermann über Verpachtung von Trocknungsmilch aus dem Lübschen Staatsgebiet nach dem besetzten Gebiet Verwahrung eingelegt wird. Der Frankfurter Magistrat erklärt, an der Milchtraktionsanstalt nicht beteiligt zu sein. Eine derartige Anlage sei 1917 im Anschluß an die Hanfameierei für vorzugsweise Belieferung von Sachsen errichtet worden, konnte jedoch wegen Milchmangels erst 1920 in Betrieb genommen werden. Der Freistaat Sachsen habe 1921 keine Rechte an die Milchtraktionsgesellschaft Frankfurt übertragen. Da die technische Anlage nicht mehr genügt habe, sei in Kurau eine Eindichtungsanlage errichtet, diese aber noch nicht in Betrieb genommen worden. In Lübeck sei nur Magermilch getrocknet worden, die vorzugsweise für Frankfurter Krankenhäuser Verwendung gefunden habe. Die Angaben der Frau Zimmermann seien eine haltlose Verdächtigung der Stadt Frankfurt a. M. Der Senat hat das Landesverwaltungsamt um Auskunft gebeten, das bestätigte, daß hier nur bei Ueberfluß Magermilch verarbeitet werden und die Erlaubnis für den Kurauer Betrieb noch nicht erteilt sei. Eine Beeinträchtigung der Friedensmilchverjorgung sei bisher nicht eingetreten. Gegebenenfalls würde das Landesverwaltungsamt eingreifen. Der Senat weiß auf Grund dieser Auskunft die Angriffe gegen die Stadt Frankfurt zurück.

1. Antrag: Steuernverhältnisse der Lübschen Landgemeinden. — Herr (Dr.). Die Anträge sind im Ausschuß einstimmig angenommen. Es bleibt den Gemeinden jenseit, daß sie selbstständig arbeiten können und daß auch für die Verbandsgemeinden etwas überwiegen werden kann. Für gute Herstellung der Wege haben die Gemeinden selbst zu sorgen. Für Kunststraßen kann den Gemeinden ein Zuschuß aus der Verbandskasse gewährt werden. Der 1. Antrag wird im Sinne des Ausschusses angenommen. Zum 2. Antrag erhebt der Senat Einspruch gegen die Erhöhung des Zuschusses aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer an die Landgemeinden auf 20 %. Die Bedürfnisse der Landgemeinden hätten wohl zugenommen, es sei jedoch nicht nachzuweisen, daß der Zuschuß in der geforderten Höhe notwendig werde. Mit Rücksicht auf die Neuregelung der anteiligen Einkommensteuer der Gemeinden im Reich, sollte man es bei der Senatsvorlage, 10 %, belassen. — Herr (Dr.) tritt für die Forderung des Ausschusses ein. — Der Vorschlag des Ausschusses wird angenommen.

3. Antrag: Erhebung eines Beitrages zu den Kosten des Feuerlöschwesens. — Herr (Soz.). Der Haushaltsausschuß lehnte die Vorlage einstimmig ab. Der Ertrag ist zu gering, und der Beunruhigung der Bevölkerung gar nicht wert. Die Abgabe würde doch ohne weiteres auf die Versicherten abgewälzt. Schließlich ist es nicht ausgeschlossen, daß das Reich in der Abgabe eine Umgehung der Stempelordnung sehen würde und zu guter Letzt würde der nichtversicherte Teil der Bevölkerung von der Abgabe befreit sein. — Der Senatsantrag wird abgelehnt.

4. Antrag: Verstaatlichung der Frauengewerkschule. — Herr (Soz.). Seine Fraktion könne der Verstaatlichung der Frauengewerkschule in dieser Form nicht zustimmen, weil dadurch nur eine Ständeschule geschaffen werde. Das lehne seine Fraktion grundsätzlich ab. Der Redner beantragt Ausschußberatung, damit geprüft werden könne, wie am zweckmäßigsten eine Angliederung an die Mädchenfortbildungsschule erfolgen könne. Heute sei die Frauengewerkschule nur für Vorkurskurse offen. Gegen die Weisung der Schule an und für sich sei nichts einzuwenden. Die Zahl der auswärtigen Schüler sei hier besonders groß. Weiter freit der Redner die Angliederung der öffentlichen Büchers- und Lesehalle an die Stadtbibliothek, über die sich der Senat völlig ausspreche. Falls hier nicht sofort Schritte unternommen würden, freite seine Fraktion diesen Kosten im Staatshaushalt. — Senator Dr. Vermehren: Die Frage der Frauengewerkschule ist in der Oberbehörde seit langem geprüft, daher die rasche Erledigung. Eine Ständeschule ist die Frauengewerkschule nicht; sie dient dazu, jungen Mädchen Erwerbskurse zu erteilen. Die Behandlung der Lesehalle hat wegen Enttarnung des Vorstehenden der Oberbehörde noch nicht stattfinden können. In Hälde wird der Bürgerschaft ein Bericht vorliegen. — Ambrosius (Dem.) ist mit der Ausschlußberatung einverstanden. Die Unkosten für den Staat durch Uebernahme der Schule seien groß. Erhalten werden konnte die Schule von der Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeiten schon lange nicht mehr aus eigenen Mitteln. Der Vorschlag über dieses Institut sei längst überholt. Es sei fraglich, ob die Lehrkräfte der Frauengewerkschule anderweitig noch nutzbar gemacht werden könnten. Ein sehr großer Teil der Schülerinnen komme von auswärts und rekrutiere sich durchaus nicht aus allen Kreisen der Bevölkerung. — Herr (Komm.) tritt ebenfalls für Ausschußberatung ein. — Der Antrag Haut wird angenommen.

5. Antrag: Erhebung der Kopfsteuer der Heilanstalten. — Reichsberger (Soz.) gibt, um das Defizit nicht zu vergrößern, im Namen seiner Fraktion die vorläufige Zustimmung zur Vorlage kund, jedoch jedoch Nachprüfung im Ausschuß für Gesundheits- und Wohlfahrtspflege. Vor allem müsse man auf eine Erleichterung für die 2. Klasse hinarbeiten. Vielleicht könne man durch die 1. und 2. Klasse sowie die Kranken aus dem Landgebiet mehr heranziehen. Die All. Ortskrankenkasse müsse jetzt schon 5 Millionen Mark für ihre Mitglieder in der Heilanstalt aufbringen, und diese Kosten müßten sich auf 9 Millionen erhöhen. Die in Aussicht genommene Beitragserhöhung bringe etwa 5 Millionen, doch davon müßten für Arzt-, Krankenpflege und Gesundheitswesen bedeutende Summen aufgewandt werden, so daß weitere Aufwandsveränderungen für die Krankenbehandlung über 10 Millionen betragen könnten. Schließlich komme die Ortskrankenkasse dazu, die Krankenbehandlung ihrer Mitglieder ablehnen zu müssen. Bei den Heilanstalten komme das Gemeinwohl in Betracht und da müsse der Staat eben andere Mittel anwenden. — Senator Stadl bezieht die beantragte Ausschußberatung, erzieht aber die neuen Sätze so lange in Kraft zu lassen, bis der Ausschuß Bescheid geworden ist. Die erste und zweite Klasse bringe einen Ueberfluß. — Heilborn (Komm.) lehnt die Vorlage ab. Die jetzigen Sätze seien schon hoch genug. Der Ausschuß würde sich nicht damit befassen dürfen, von welcher Grenze ab eine Erleichterung der Kopfsteuer eintreten könne. — Reichsberger (Soz.) ist mit dem Vorschlag des Senatskommissars einverstanden. — Die Vorlage wird angenommen mit der Bedingung, daß der Ausschuß für Gesundheits- und Wohlfahrtspflege die Kopfsteuer nachprüfen soll.

6. Antrag: Senatsantrag eines Ausschusses an den Oberarzt des Kaiserlichen Krankenhauses Dr. Gamm. — Herr (Soz.)

beantragt Ueberweisung an den Haushaltsausschuß. Es sei keine Gewähr, daß sich die Verhältnisse ändern werden und dann habe der Herr Anspruch auf 8000 M. — Der Antrag Haut wird angenommen.

7. Antrag: Erweiterung der Elektrizitäts-Verteilungsstelle in Schlutup. — Herr (Dr.) wünscht im Interesse der minderbemittelten Kapitalrentner raschere Erledigung und ein anderes Gesetz, wonach die minderbemittelte Bevölkerung ein Recht auf Ermäßigung der Gas- und Elektrizitätspreise haben, damit diese Sache nicht als Wohlthat angesehen wird. Der Redner stellt einen dementsprechenden Antrag. — Rosengart (Komm.) stellt einen Antrag, die Siedlung Schlutup auch mit Elektrizitätsversorgung zu versehen. — Der Senat will die Angelegenheit prüfen. — Die Vorlage wird angenommen. Ebenso das Erluchen Rosengarts.

8. Antrag: Erhöhung des Schulgeldes an den höheren und Mittelschulen. — Herr (Soz.). Der Senatsantrag beleuchtet die Hemmnisse, die sich unserer Schul- und Kulturpolitik entgegenstellen, die an sich eine schwere Gefährdung der Schulentwicklung überhaupt darstellen. Aus der Finanznot erwachsen ferner Erwägungen über die Klassenfrequenz, Schulformen, der Aufbauschule usw. Zu einer solchen kurzfristigen Politik können wir uns nicht hergeben. Leider können wir heute unsere Programmforderungen auf völlige Unentgeltlichkeit der Schule und der Lernmittel nicht durchführen. Wir wollen der Wirklichkeit im Interesse unserer Finanznot Rechnung tragen und stimmen deshalb, wenn auch schweren Herzens, der Vorlage zu. Die Einheitschule ist durch die Erhöhung der Schulgebühren gefährdet; die Lage wird aber auch nicht durch den Vorschlag der Oberbehörde gebessert, die den Prozentsatz für Schulgeldnachschuß resp. Erleichterung auf 7,5 % festsetzen will. Wir beantragen hier 10 % zu setzen, um den Lückigen den Weg nicht zu verbauden. Doch ist dies alles nicht genügend, wenn das Schulwesen auf eine gesunde Grundlage gestellt werden soll. Notwendig ist die Einführung einer Schulsteuer, für die wir beim Reich immer wieder eintreten müssen. Dieser Steuer liegt eine soziale Tendenz zugrunde, weil die wirklich Tragfähigen und alle getroffen werden, die sonst frei ausgehen, obwohl sie Nutzen an der guten Volksbildung ziehen. Der Redner stellt einen Antrag, beim Reich zwecks Einführung einer Schulsteuer vorstellig zu werden und beantragt ferner, die Einkommensgrenze für Schulgebührengünstigungen bei den höheren Schulen von 20 000 auf 40 000 Mark und bei den Mittelschulen von 15 000 auf 30 000 Mark zu erhöhen. — Herr (Komm.) lehnt jede Erhöhung des Schulgeldes ab. Das müßten auch die Sozialdemokraten tun. Die Veränderungen der sozialdemokratischen Fraktion sind nicht weitgehend genug. (Zuruf Dr. Leber: Es handelt sich um das Einkommen vom letzten Jahr!) Der Extraausschuß für auswärtige Schüler sei unangebracht. Es handle sich doch bei allen um deutsche Kinder. Redner beantragt, u. a. alle Kinder schulgeldfrei zu lassen, deren Eltern weniger als 60 000 Mark versteuern. Der Ermäßigungsantrag soll von 10 % auf 30 % festgesetzt werden. Die Art der Bildung soll nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig gemacht werden. — Ambrosius (Dem.) bemängelt die späte Zustellung des Antrages. Auf die Dauer könnten die meisten Eltern nicht mit derartigen Schulgebühren belegt werden. Den Anträgen der sozialdemokratischen Fraktion stimmt der Redner zu. Bedauerlich sei die geringe Mehrereinnahme von knapp etwas mehr als einer Million, diese hätte der Staat auf sich nehmen können. Die Denkschrift der Oberbehörde zur Hebung der Raumnot um sei recht dürftig. Es sei fraglich, ob die 3 Typen der höheren Schulen auf die Dauer aufrechterhalten werden können. Das Ausweisungswesen der Fortbildungsschulen beabsichtige man zu kürzen. Die Ferien sollten in dieser Schule auf eine Zeit zusammengezogen werden. Die höheren Schulen stellten Ansprüche auf die freierwerbenden Räume durch Aufhebung der Vorkursen. Diese Räume müßten freigemacht werden, um den Volksschülern von St. Jürgen und St. Gertrud lange Wege zu ersparen. Die Raumfrage des Lehrerseminars, das bald frei werde, sei in der Denkschrift gar nicht erwähnt. Bei den schwachbesetzten höheren Schulen müßte schon im Interesse der Heizung eine Zusammenlegung erfolgen. Der Redner beantragt, die Denkschrift der Oberbehörde dem Ausschuß für Unterricht, Kunst und Wissenschaft zu überweisen. — Senator Dr. Vermehren: Die Oberbehörde handelte unter dem Zwange der finanziellen Lage. Die Finanzbehörde forderte erhöhte Einnahmen. Wenn man die Sache schon vom finanziellen Standpunkt aufstellt, sollte man keine weiteren Einschränkungen machen. Die Erfahrung habe gezeigt, daß eine Erweiterung des finanziellen Nachlasses für Gutberzbie kaum notwendig sei. Die Schulsteuerfrage sei gerade vom Senat im Reichsausschuß vorgebracht worden. Eine Lösung sei dort nicht gefunden worden. Immerhin könnte der Versuch erneuert werden. Die Auslichten seien allerdings gering. — Herr (Soz.) erklärt sich mit den Ausführungen von Ambrosius einverstanden. Die Gehaltsklasse des Katharineums könne zur Stadtbibliothek geschlagen werden, die an Raumnot leide. Der Redner wendet sich im weiteren gegen die Ausführunen von Ros. Es sei selbstverständlich, daß die auswärtigen Schüler zu den Schulkosten Lübecks beitragen müßten. — Herr (Dr.) wünscht, daß der Gemeinde Krummsee zu den Schulkosten an den ländlichen Schülern ein Beitrag gewährt wird. — Senator Dr. Vermehren erklärt, die von Herr Ambrosius vorgeschlagenen Wünsche würden nächstens in der Oberbehörde beraten. — Herr (Komm.) ist mit der Erhebung einer Schulsteuer einverstanden. Wie unrichtig eine höhere Belastung auswärtiger Schüler sei, ergebe der von Herrn Heint angeführte Fall in Krummsee. Redner beantragt, die von ihm zuerst angeführte Summe der schulgebührelosen Fälle von 60 000 auf 30 000 Mark herabzusetzen. Die kommunikativen Anträge werden abgelehnt. Die Senatsvorlage mit den Abänderungsanträgen von Herr (Soz.) angenommen. Angenommen wird auch das Erluchen Heuers für Schulsteuer und von Ambrosius betr. Ueberweisung der Denkschrift der Oberbehörde an einen Ausschuß.

9. Antrag: Gebührentarif des Katasteramts. — Reichsberger (Soz.) beantragt, die Vorlage anzunehmen, sie aber gleichzeitig dem Ausschuß für Bau- und Wohnwesen zur Nachprüfung zu überweisen, da noch verschiedene Unklarheiten und zu hohe Staffelnungen vorhanden seien. — Der Senatsantrag wird angenommen, ebenso der Antrag Redner.

10. Antrag: Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1922. (Notgeld.) — Heilborn (Komm.) erklärt, sein Standpunkt zum bürgerschaftlichen Staat habe sich nicht geändert. Dieser Staat vertrete nur die Interessen der bürgerlichen Gesellschaft. Einem solchen Staat könnten keine Mittel bewilligt werden. — Herr (Soz.) bringt Beschwerden über Landverpachtung in Meisling vor. Die Leute hätten das Land schon 3 Jahre und sollten es jetzt abgeben, weil ein Vertrag mit der Lübeck-Büchener Eisenbahn von 1883 verleihe. Die heutigen Landpächter erlitten durch die Wegnahme des Landes großen Schaden. Man sollte es ihnen doch noch bis zum Herbst 1923 belassen oder den Weg verlegen. — Senator Heuer erklärt, der betr. Kontrakt sei kein öffentlicher. Die

Wieder-Buchener Bahn müsse einen Wacker neuen und das ist eine teure Sache. — Nidel (Komm.) fragt, ob es richtig sei, daß der Trempel Leih für ein weiteres Jahr für 1000 Mark verpachtet worden sei; obwohl ein Fischereiverein 5000 Mark geboten habe. — Vom Senatspräsident wird erklärt, es handle sich um ein dauerliches Verlehen. — Meyer (Soz.) wendet sich wiederholt gegen den Vertrag mit der Lübeck-Büchener Bahn. Dem Hofpächter bleibe der Weg frei, nicht aber für die Pächter. — Nidel (Komm.) glaubt, daß bei der Verpachtung des Trempel Leihes etwas mehr als Zerung vorliege. Der Name dieses Beamten müsse bekannt gemacht werden. — Die Senatsvorlage wird angenommen.

11. Antrag: Bebauungsplan für das Gelände am Großen Goldberg. — Wolfradt (Soz.): Der Ausschuss für Bau- und Wohnungswesen empfiehlt die Annahme der Vorlage. Es sei notwendig, daß die schöne grüne Ecke erhalten bleibe und daß man den Wünschen der Wackerlehaber bei Festlegung der Baufluchtlinie möglichst Rechnung trage. — Der Senatsantrag wird angenommen.

12. Antrag: Nachbewilligung für Wegearbeiten in Rüditz, Serrenhof, Waldhufen. — Zieseniß (Arbg.) beantragt, den Marktplan in Rüditz herzustellen. — Henk (M.) fordert mehr Obacht auf schnellfahrende Autos auf der Travemünder Landstraße. Die Strafen für zu schnelles Fahren müßten auf Tausende von Mark festgesetzt werden. Das Brückengeld für Fußwerke auf der Herrenbrücke sollte aufgehoben und für Autos auf 5 Mark erhöht werden. — Der Senatsantrag wird angenommen. Das Ersuchen von Zieseniß ebenfalls.

13. Antrag: Nachbewilligung von Mitteln für den Ausbau der Hafenverbindungsbahn. — Große (Soz.) tritt für eine bessere Verbindung der inneren Stadt mit den Vororten ein und bedauert, daß früher nicht eines der großen Projekte einer Ueberbrückung der Trave vom Holstentor-Nord aus ausgeführt wurde. Jetzt gehe man sogar daran, die bestehenden Verkehrswege noch weiter einzuschränken, so daß die Leute mit ihren kleinen Blockwagen nicht einmal die Klappbrücke passieren könnten und den weiten Umweg über die Ruppenbrücke machen müßten. Es müsse unter allen Umständen dafür gesorgt werden, daß kleinere Wagen von der Drehbrücke aus ohne großen Umweg die Katharinenstraße erreichen können. Heute sei das Befahren der großen Holzbrücke verboten. — Senator Evers glaubt, die Holzbrücke sei nicht stark genug für Wagenverkehr. Die Angelegenheit könne jedoch geprüft werden. — Roß (Komm.) glaubt nicht, daß die Preise jemals fallen werden. Heute wäre es leichter, ein Hochbrückenprojekt auszuführen, da der Arbeiter keinen Reallohn erhalten. Die Rosten dürften kein Hindernis für Verkehrsverbesserungen bilden. Wenn Lübeck fortfahren wolle, dann müßten bessere Verbindungen der inneren mit der äußeren Stadt geschaffen werden. — Schröder (Soz.) ist der Ansicht, wenn die Eisenbahn die Kosten für Neueinrichtungen nicht scheue, so brauche der Staat auch nicht. Hamburg sei mit den Erweiterungsbauten nicht so kleinlich. — Der Senatsantrag wird angenommen.

14. Antrag: Abtretung einer Landfläche auf dem Heiligen Geistkamp an das Heilige-Geist-Hospital. — Roß (Komm.) will mit der Verzeigerung der Fläche Schluss gemacht werden. Der Staat soll das Heilige-Geist-Hospital abfinden. — Die Senatsvorlage wird angenommen.

15. Antrag: Ankauf der auf dem ehemaligen Militärlagerplatz in Blankenfe vorhanden Gebäude und Anlagen. — Dr. Neumark (Dem.) hat Bedenken gegen die Vorlage, da man für die Anlagen keine sofortige Verwendung habe. Wenn diese nutzbringend verwandt werden könnten, hätten sich schon andere Leute dafür gefunden. — Senator Evers: Der Rückkauf ist seinerzeit besonders festgelegt worden. Alle Industrie sei bisher durch die Initiative des Staates nach Lübeck hergezogen worden. Aber immer habe zuerst das Terrain hergestellt werden müssen. Platz und Gebäude in Blankenfe sei für industrielle Zwecke sehr gut geeignet. — Roß (Komm.) hält die Versteigerung, die das Reich fordert, für unangebracht. — Senator Evers geht auf die rechtlichen Bedingungen des Vertrages ein und erachtet den Wiederkauf für günstig. — Dr. Neumark (Dem.) hält es nach den Aufführungen für richtig, die Vorlage anzunehmen. — Der Senatsantrag wird angenommen.

16. Antrag: Erlass eines neuen Gesetzes über die Hengstzucht. — Wird angenommen.

17. Antrag: Nachbewilligung für den Einbau einer neuen Fernsprechanlage im Polizeidienstgebäude. — Dr. Haun (Soz.) betont, der Ausschuss habe keine reifliche Auffklärung schaffen können und lehne deshalb die Vorlage ab. Das Postamt soll sich mit dem Polizeiamt über die Bezahlung auseinandersetzen. — Die Vorlage wird abgelehnt.

18. Antrag: Zustandsetzung der Fassade des Hauses Königstraße Nr. 81. — Wolfradt (Soz.) Der Ausschuss empfiehlt in seiner Mehrheit die Annahme der Vorlage, wünscht aber in Zukunft daß die Besitzer ihre Häuserfassaden auf eigene Kosten in Ordnung halten. — Nidel (Komm.) und Evers (M.) wenden sich gegen den Antrag. — Wolfradt (Soz.): Es handelt sich nur um ein Darlehen des Staates. — Senator Mehrlein: Der Beschluß des Ausschusses rührte daher, weil früher in ähnlichen Fällen so gehandelt wurde. — Der Senatsantrag wird angenommen.

19. Antrag: Uebertragung der Geschäfte des Einquartierungswezens an das Polizeiamt. — Nidel (Komm.) lehnt den Antrag grundsätzlich ab. Orgeß und Reichswehr gehen im Reiche gegen die Arbeiterchaft vor. Der Redner wendet sich im weiteren gegen die Regimentsfeier und gegen die polizeilichen Absperrungsmassnahmen bei derartigen Anlässen. — Senator Mehrlein erklärt, bei allen Anlässen, wo größere Menschenansammlungen stattfinden, würden polizeiliche Absperrungen vorgenommen. Das liege im Interesse der Leute selbst. Die Polizei handele hier neutral. — Klann (Komm.): Beim Hindenburgjubiläum in Travemünde marschierte die grüne Polizei an der Spitze eines Demonstrationstuges. — Senator Mehrlein bekräftigt, daß die grüne Polizei niemals etwas Derartiges unternommen hat. — Auf Antrag Haut wird die Beratung geschlossen. — Die Senatsvorlage wird angenommen.

20. Antrag: Nachbewilligung für das Museum für Kunst- und Kulturgeschichte. — Wird angenommen.

höheren Lehraufstellungen verbott wird, der Technischen Nothilfe anzugehören. Zumüberhandlungen sind mit Verweisung von der Anstalt zu bestrafen. — Roß (Komm.) ist der Ansicht, daß es unangehörig sei, wenn Schüler höherer Lehraufstellungen sich für die Technische Nothilfe hergeben. Bei den Arbeitern müßte man sich in deren Arbeitsverhältnisse, aber die Herren Lehrte usw. würden sich derartiges erbiten. Die höheren Schüler sollen ihre Nase in die Bücher stecken, statt sich in Dinge mengen, die sie nichts angehen und von denen sie nichts verstehen. Für Streikbrecherjünglinge dürften keine Mittel gewährt werden. — Schullz (Soz.): Die Technische Nothilfe ist eine Reichseinrichtung, auf deren Gestaltung die einzelnen Länder nur begrenzten Einfluß haben. Sie ist eine tüchtige Einrichtung und es wäre besser, wenn sie sobald wie möglich verschwinden würde. Leider ist das heute noch nicht möglich, da ja die Arbeiter mitunter ihre Einsetzung selbst fordern. Das haben wir erst vor einiger Zeit von der Belegschaft eines der größten industriellen Werke Lübecks selbst erlebt. Das Beste wäre, wenn die Gewerkschaften die Notarbeiten selbst verrichten, dann würde die Technische Nothilfe von selbst überflüssig. In Lübeck sind bisher über die Tätigkeit derselben keine Klagen geführt worden. Dieses kommt mit daher, daß der Polizeichef, dem die Technische Nothilfe unterstellt ist, sich bisher vor ihrer Einsetzung mit dem Vorstand des Diszisionsausschusses des A. D. G. B. in Verbindung gesetzt hat. So muß es auch bleiben. Im übrigen bezweifle ich, daß die Oberstaatsbehörde auf Grund des Schulunterrichtsgesetzes ein generelles Verbot über den Beitritt erlassen kann. Das Ziel aber, welches Herr Roß mit seinem Antrage erreichen will, wird höchst wahrscheinlich in absehbarer Zeit durch die Gewerkschaften selbst erreicht werden. — Dr. v. Brocke, Dr. Roth (M.) und Dr. G. E. H. (M.) sprechen gegen den Antrag. — Roß (Komm.) verweist auf den Eingriff der Technischen Nothilfe in der Landwirtschaft und erklärt, es werde dafür gesorgt, daß der Antrag auch bei seiner Uebernahme durchgeführt werde. — Der Antrag wird abgelehnt. — Nidel (Komm.) bezweifelt die Beschäftigungsfähigkeit des Hauses. — Schluß 10 Uhr.

Die 9. Generalversammlung der Volksfürsorge

Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungsaktiengesellschaft, fand am 10. Juni 1922 im Sitzungssaal der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H. in Hamburg statt.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrates, Herr Bauer, eröffnete die Versammlung und gab bekannt, daß, wie von dem anwesenden Notar Herrn Gabory festgesetzt worden sei, 135 Aktionäre mit einem Aktienkapital von 4 654 000,— Mk. vertreten sind.

Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete Herr Bauer dem verstorbenen Mitbegründer der Gesellschaft, Herrn Carl Legien, und dem ebenfalls verstorbenen Leiter des literarischen Büros, Herrn Linus Scheibe, herzlichste Dankesworte für ihre Mitarbeit. Besonders sei die Volksfürsorge dem Freunde Legien für seine rege Tätigkeit bei der Gründung zu großem Dank verpflichtet.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung erstattete Herr Lesche den Bericht des Vorstandes. Vor einem Jahr hat die Generalversammlung die Aufnahme der Großlebens-Versicherung beschlossen, die dann auch am 1. Juli 1921 erfolgt ist. Wenn auch die ersten Monate einen größeren Antragszufluss nicht erwarten ließen, so könne man doch mit dem Resultat zufrieden sein. Es gingen 8933 Anträge mit einer Versicherungssumme von Mark 81 976 500,— ein. Die durchschnittlich auf einen Antrag entfallende Summe beträgt nicht ganz Mk. 10 000,—. Es ist aber vor kurzem für die Volksversicherung die höchste Versicherungssumme auf Mk. 10 000,— erhöht und dementsprechend für große Lebensversicherungen die Mindestsumme auf Mk. 10 000,— festgesetzt worden. Die Volksversicherung hat weiter gute Fortschritte gemacht. Der Antragszufluss ist zwar gegen das Vorjahr etwas zurückgegangen, doch ist die Versicherungssumme wesentlich gestiegen. An Anträgen wurden 206 111 mit 370,5 Millionen Mark Versicherungssumme eingebracht. Des immer noch fallenden Geldwertes wegen muß weiter darauf hingearbeitet werden, die Versicherungssummen zu erhöhen. Der Vorstand wird unausgesetzt bemüht bleiben, dieses Ziel so weit wie immer möglich, zu erreichen. Der zahlenmäßige Bericht, der gedruckt vorlag, ergibt einen befriedigenden Abschluß. Das Vermögen der Volksfürsorge ist 1921 von 24 Millionen Mark auf 49,5 Millionen Mark gewachsen und betrug am 30. April d. J. 63,2 Millionen Mark. Der Brämieneingang erreichte insgesamt Mk. 47 447 036,—, während im Vorjahre Mk. 26 639 705,— vereinnahmt werden konnten. Der Reinüberschuß beträgt Mk. 2 888 795,— (1920: Mk. 1 606 074,—) und ermöglicht auch in diesem Jahre eine Rückvergütung von 5 Prozent.

Die Aussichten für das laufende Jahr lassen sich noch nicht übersehen, doch ist eine sehr starke Antriebsbelastung durch die noch fortwährende und stärker werdende Geldentwertung zu erwarten. Zu hoffen ist zwar, daß die dauernd zunehmende Erhöhung der Versicherungssummen den kommenden Abschluß günstig beeinflussen wird, so daß, wenn nicht ganz unvorhergesehene Ausgaben notwendig werden, auch in diesem Jahre auf ein zufriedenstellendes Ergebnis zu rechnen sein dürfte.

Für den Aufsichtsrat berichtete Herr Bauer, daß auch im verfloßenen Jahre Vorstand und Aufsichtsrat im besten Einvernehmen gearbeitet hätten. Wenn die Volksfürsorge so große Fortschritte machen konnte, so war durch die Unterstützung der Funktionäre im Lande, für deren Tätigkeit an dieser Stelle der beste Dank auszusprechen sei.

Den Bericht für die Revisionskommission des Aufsichtsrates gab Herr Hofmann. Mehrere Revisionen der Bücher, Kassen- und Wertbestände haben im letzten Geschäftsjahre stattgefunden; irgendwelche Ausstellungen waren nicht zu machen. Der Revisionsbericht des von der Generalversammlung bestellten Revisors, Herrn Bäcker, lag schriftlich vor. Aus diesem Bericht ergibt sich, daß auch der Revisor Bücher und Kasse sowie auch die Bilanz- und Gewinn- und Verlustrechnung in Ordnung gefunden hat. Damit sind die Berichte erledigt.

Zu diesem Punkt der Tagesordnung ist eine schriftliche Anfrage des Herrn Rrings-Essen eingegangen: „Was ist von der Volksfürsorge für die Aufnahme der Feuerversicherung bis jetzt getan worden?“ Herr Bauer beantwortete diese Frage dahin, daß die Volksfürsorge selbst in dieser Angelegenheit nichts unternommen kann; es ist vielmehr Sache der Zentralen der Gewerkschaften und Genossenschaften (die Träger der Volksfürsorge) sich über die weitere Ausgestaltung und Ausdehnung der Gesellschaft zu verständigen. Verhandlungen haben übrigens schon stattgefunden, doch ist es zu einer endgültigen Entscheidung noch nicht gekommen.

Hiernach wurde die Bilanz als richtig anerkannt und Vorstand und Aufsichtsrat Entlastung erteilt.

Der Antrag von Vorstand und Aufsichtsrat, den Ueberchuß von Mk. 2 888 795,28 gemäß den Bestimmungen des § 36 des Gesellschaftsvertrages wie folgt zu verwenden:

1. dem gesellschaftlichen Reservefonds fünf vom Hundert Mk. 144 439,76
2. dem Organisationsfonds „ 100 000,—
3. dem Kriegsrücklagefonds fünf vom Hundert „ 144 439,76
4. dem Fonds für besondere Reserven „ 144 439,76
5. den Aktionären an Zinsen für das voll eingezahlte Aktienkapital „ 150 000,—
6. der Gewinnreserve der Belegschaften fünf vom Hundert der 42 844 277,38 Mk. beitragspenden Jahresprämien der mit Gewinnbeteiligung Verzeichnisten einschließlich 11 915,51 Mk. verzinslicher, aber nicht gutgeschriebener Gewinnanteile „ 2 150 295,35

der Rest von 75 177,83 Mk. ist auf neue Rechnung vorzutragen, wird angenommen.

Herr Bäcker wurde wieder zum Revisor bestimmt. Die Jahungsgemäß in diesem Jahre ausscheidenden Aufsichtsratsmitglieder Paul Hofmann, Herman Kube, Andreas Mirus und Alexander Schläke werden wieder gewählt. An Stelle des ausscheidenden Geschäftsmannes Eifler wird Georg Schmidt, Berlin gewählt. Zu Punkt 7 berichtet Herr Lesche, daß von den zuständigen Behörden, wenn die Volksfürsorge weiter als gemeinnützig anerkannt werden soll, einige Änderungen des Gesellschaftsvertrages gefordert werden. Vorstand und Aufsichtsrat haben sich bereit erklärt, diese Änderungen anzuerkennen und bitten auch um die Zustimmung der Aktionäre, was auch ohne Aussprache geschieht. Anträge nach § 28 Abs. 3 des Gesellschaftsvertrages waren nicht eingegangen. Damit war die Tagesordnung erledigt und erfolgte Schluß der Generalversammlung. K. R.

Aus aller Welt.

Ein neuer Räubertrick. Ein verwegener Raubüberfall wurde in der Nähe von Lauchhammer verübt. Als am Sonnabend nachmittag die Werklokomotive der Aktiengesellschaft Lauchhammer nach der etwa acht Kilometer vom Hauptwerk entfernten Rojne-Kohlgrube mit der Löhnung für die dort beschäftigten Arbeiter unterwegs war, stieß sie im Walde auf einen Mann, der mit dem Kopf auf den Schienen lag. Einen Lebensmühen vermutend, stiegen die Führer der Lokomotive ab, um die Strecke freizulegen. Jetzt sprang der mit einem Revolver bewaffnete Mann auf, und es eilten fünf Helfer aus einem Werkherbei. Die Räuber hielten mit ihren Revolvern das Begleitpersonal der Lokomotive in Schach und entlockten mit der Löhnung in der Höhe von 140 000 Mk. auf der Lokomotive. Ein Mann des Begleitpersonals, der sich zur Wehr setzte, wurde durch einen Streifschuß am Kopf verletzt. Die Lokomotive wurde man später einige Kilometer vom Tatort entfernt im Walde vor. Die Räuber waren mit der Löhnung verschwunden. Die sofort vorgenommenen polizeilichen Nachforschungen blieben bisher erfolglos.

Schweres Unglück bei einem Schwimmfest. Bei dem gefrigen Schwimmfest in Bad Dürrenberg bei Halle ereignete sich ein schmerzhaftes Unglück, daß eine Anzahl Menschenleben forderte. Auf einer auf Pontons errichteten Zuschauertribüne drängten die zahlreichen Besucher stark nach vorn, so daß plötzlich die Pontons kippten und etwa 100 Personen in die Saale stürzten. Obwohl die anwesenden Schwimmer und Schwimmerinnen sofort an die Rettung der Verunglückten gingen, konnten drei Frauen nur als Leichen geborgen werden. Drei weitere Personen und acht Kinder werden noch vermisst. Feuerwehr und Volkspolizei suchten noch während der Nacht das Wasser ab, konnten aber nur noch die Leiche einer Frau und eines Kindes finden.

Aus dem Lande des Grauens. Die in Moskau erscheinende „Krasnaja Gazeta“ berichtet unter dem 7. Juni, daß die Sommerbehörden in einigen Kreisen des Hungergebietes aus sanitären Gründen 117 an der Kopfkrankheit erkrankte Kinder erschlagen ließen, die sich die Krankheit durch den Genuß von rohem Fleisch rotkranker Pferde zugezogen hatten.

Schwere Fischergiftungen. An Fischergiftung erkrankte in Bräunwig bei Steintin die Familie des Besitzers Kohde. Das Dienstmädchen ist am anderen Tage auf dem Transport in das Krankenhaus gestorben. Auch die Mutter der Ehefrau konnte nicht mehr gerettet werden. Der Vater der Ehefrau und diese selbst liegen noch schwer erkrankt darnieder, während Herr Kohde, dessen Bruder und der Hüttenjunge außer Lebensgefahr sind.

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Angelommen am 19. Juni: D. Hr. Rehn von Orelöfund in 3 Tg., S. Grete Rehn von Orelöfund in 4 Tg., S. Irene Rehn von Orelöfund in 4 Tg., S. Jwaal von Aarhus in 2 Tg., D. Numark von Durastaten in 4 Td., D. Sewiat von Orelöfund in 2 Tg., D. Zernan von Gotenborg in 5 Tg., D. Megier von Helsingfors in 6 Tg., D. Halland von Abo in 2 1/2 Tg., S. Nils Maranda von Kinehamn in 1 Tg.

Statistik der Lebensmittelpreise in Lübeck.

nach den Ermittlungen des Statistischen Amtes vom 16./17. Juni 1922.

Ware	Reinhandelspreis für 1 Pfund in Pf.			Reinhandelspreis für 1 Pfund in Pf.		
	alt	neu	metrisch	alt	neu	metrisch
Fleisch u. Fleischwaren						
Rindfleisch: Kochfleisch	5400	7000	3000			
Bratfleisch	6000	7000	3600			
Kochfleisch	4000	8000	3600			
Bratfleisch	4500	6000	3200			
Sammelfleisch: Kochfleisch	4000	5000	3600	80	100	70
Bratfleisch	5000	6000	4000	900	1000	800
Schweinefleisch: Kochfleisch	6000	6800	5000	1000	2500	200
Bratfleisch	6500	7400	6500	300	2500	200
Pferdefleisch: Kochfleisch	2200	2500	2000	1000	700	600
Bratfleisch	2800	3000	2600	200	200	150
Leberwurst I	6000	7800	5000	150	250	150
Leberwurst II	4500	5000	4000	1500	1500	1200
Weinwurst: gedöckerte	6000	5000	5000			
gebücherte	8000	9000	8000			
Speck: geräuchert, nichtger.	8000	8000	6500			
fremder	5400	5800	5200			
Wassererzeugnisse, Fette, Eier						
Vollkornmehl, 1. Sorter	800	800	800			
Wegermehl, 1. Sorter	400	400	400			
Kaffee, halbfetter	3000	3600	2400			
Wetterbutter	6800	7000	6800			
Margarine	3800	4400	3500			
Schmalz (Schmalz)	6000	7000	4800	600	650	600
Eier, Stück	480	500	480	2600	3000	2000
Brot, Weizenbrot, halbkrautlos, Kolonialbrot						
Roggenbrot	880	660	880			
Weizenbrot	420	810	420			
Semmel	1260	1280	1260			
Buchweizenbrot	1200	1300	1080			
Buchweizenbrot, große	2200	2400	1800			
Kartoffelbrot	1200	1400	1000			
Gerstenaugen	1200	1300	1080			
Gerstenaugen, große	1200	1200	1000			
Erbsen, gelbe	800	1000	600			
Erbsen, grüne	800	1000	600			
Erbsen, rote	1100	1200	780			
Weizen	1200	1600	950			
Reis	1200	1240	1050			
Sago	1800	3000	1800			
Zucker: Melis, weißer, gem. Melis	1800	2000	1500			
Zee	1600	2200	1200			
Kaffee	1000	1800	8500			
Kaffee, Arabica	1160	1640	850			
Kaffee, Java	100	130	80			
Speiseeis, Süss	400	600	280			
Kartoffelmehl	2000	2200	1600			
Gewürze und Öle						
Tomaten	4000	5000	3000			
Gurken, Stück	1800	2000	1800			
Spargel I	2000	2200	1800			
Spargel II	1800	1900	1500			
Spargel III	600	900	400			
Wirsing	—	—	—			
Wirsing, Kopf	—	—	—			
Wirsing, Blatt	—	—	—			
Wirsing, Blatt I, 1 Kopf	2200	2400	2000			
Wirsing, Blatt II, 1 Kopf	1600	1800	1500			
Wirsing, Blatt III, 1 Kopf	—	—	—			
Wirsing, Blatt IV, 1 Kopf	—	—	—			
Wirsing, Blatt V, 1 Kopf	—	—	—			
Wirsing, Blatt VI, 1 Kopf	—	—	—			
Wirsing, Blatt VII, 1 Kopf	—	—	—			
Wirsing, Blatt VIII, 1 Kopf	—	—	—			
Wirsing, Blatt IX, 1 Kopf	—	—	—			
Wirsing, Blatt X, 1 Kopf	—	—	—			
Wirsing, Blatt XI, 1 Kopf	—	—	—			
Wirsing, Blatt XII, 1 Kopf	—	—	—			
Wirsing, Blatt XIII, 1 Kopf	—	—	—			
Wirsing, Blatt XIV, 1 Kopf	—	—	—			
Wirsing, Blatt XV, 1 Kopf	—	—	—			
Wirsing, Blatt XVI, 1 Kopf	—	—	—			
Wirsing, Blatt XVII, 1 Kopf	—	—	—			
Wirsing, Blatt XVIII, 1 Kopf	—	—	—			
Wirsing, Blatt XIX, 1 Kopf	—	—	—			
Wirsing, Blatt XX, 1 Kopf	—	—	—			
Wirsing, Blatt XXI, 1 Kopf	—	—	—			
Wirsing, Blatt XXII, 1 Kopf	—	—	—			
Wirsing, Blatt XXIII, 1 Kopf	—	—	—			
Wirsing, Blatt XXIV, 1 Kopf	—	—	—			
Wirsing, Blatt XXV, 1 Kopf	—	—	—			
Wirsing, Blatt XXVI, 1 Kopf	—	—	—			
Wirsing, Blatt XXVII, 1 Kopf	—	—	—			
Wirsing, Blatt XXVIII, 1 Kopf	—	—	—			
Wirsing, Blatt XXIX, 1 Kopf	—	—	—			
Wirsing, Blatt XXX, 1 Kopf	—	—	—			

Bekleidung
Törber & Goßmann
 Feine Maßschneiderei.
 Fernruf 2119.
 Mühlenstraße 32.

J. H. Pein Markt 10/12.
 Breite Straße 64/68.
 Beste Bezugsquelle für Manufakturwaren, Betten,
 Bettdecken, Herren- und Knaben-Garderobe,
 Arbeits- und Berufskleidung.

Arbeiter! Arbeitshosen, Käfen, Herren-
 u. Jünger-Anzüge kauft man
 am besten bei **O. Peter**, Glockengießerstr. 31.

F. A. Müller Leinen - Wäsche
 Betten
 Braut- und Kinder-Ausstattungen.

Heinrich Waller Breite
 Straße 60
 Herrenartikel, Wäsche, Krawatten, Handschuhe,
 Hüte.

Ernst Wehde Herrenartikel,
 Beckergrube 33.

Hut-Richter Breite Straße 20
 Hüxstraße 44.
 Fernruf 8448. Größte Auswahl. Billigste Preise.

Gassmann
 Lübeck
 Mühlenstraße 34.

Reserviert für
Franzen & Co. Holstenstr. 21.
 Herrenartikel.

J. H. Evers Tuchhandlung.
 Beste Bezugsquelle
 für Tuche, Anzugstoffe, Paletot- u. Hosenstoffe.
 Lieferung auch durch sämtliche Schneider-
 meister.

Berta Döhrmann Nchf.
 Holstenstraße 13/15.
 Spezialhaus für Putz und Modewaren.

Emma Rösch Modeschau
 Johannstraße.
 Sämtliche Neuheiten in hellen
Hüten sind ein-
 getroffen.

D. Wagner Damen- u. Kinderputz
 Holstenstraße 8.

Carl Ritter gegründet 1801.
 Spezialhaus f. Besatz-
 artikel. Fernruf 8878. Breite Straße 26.

Handarbeiten modern, geschmackvoll
 und preiswert kaufen Sie im Handarbeitsgeschäft
Hitz. Fernruf 3383. Obere Wahnstraße 1.

Richard Haase Breite
 Straße 37.
 Fernruf 2890. Pelzwaren.

Gebr. Hirschfeld Breite Str. 39/41
 Telephon 105.
Modeschau für Damen- und Kinderkonfektion.

struve & Baumeister
 Damenkonfektion und Kleiderstoffe, Manufaktur-
 waren. Breite Straße 58.

August Haerder & Co.
 Lübeck. Damen- und Herren-Bekleidung.
 Seiden- und Kleiderstoffe, Baumwollwaren.

Joh. Holst inh. **A. Lüders**
 Hüxstraße 55. Manufaktur- und Kurzwaren.

Karl Zegelin Johannstraße 11.
 Unterzeuge u. Strumpf-
 waren. Knabenanzüge usw.

Friedrich Renner, Hüxstraße 49. Fernr. 2982.
 Feine Herren-Maß-Schneiderei. Lager in- und
 ausländischer Stoffe.

W. Rahn Johannstraße 18.
 Korsetts jeder Art.

C. G. Torkan! Fünftausend 12. Wäsche-
 aussortierter Herr.-Artikel.

Favorit, Johanns-
 straße 7. Inh. A. Klaus.
 Schneider, Reinig., Färb.
 Herren- u. Arb.-Artikel.

Karl Frosch, Aegid-
 dienst. 63. An- u. Ver-
 kaul. Kleidungs-, Fußz.
 Wäsche und Bettzeug.

Travemünde
J. U. Kröger Gegr. 1782.
 Fernruf 1.
 Travemünde, Torstraße 1. Kolonialwaren, Brenn-
 materialien.

J. Rickman, Travemünde
 Fernruf 110. Kurgartenstraße 69/71.
 Kolonialwaren. Brennmaterialien.

Geschäftliche Rundschau
 und
Zeitungs-Dauer-Fahrplan

**Möbel und
 Dekoration**
F. Kloetzer,
 Königstraße 65/67.
 Möbel u. Dekorationen.

Boldts Möbellager
 Herren-, Speise-, Schlafzimmer und Küchen-
 einrichtungen. Fischergrube 25/27.

Johann Pamperin
 Inh. Hermann Bütow. Moderne Inneneinrich-
 tungen. Lübeck, Fernspr. 8663, Mühlenstr. 47.

Lübecker Stahlfeder- Inh.
Matratzen-Fabrik Carl Mühlke jr.
 Fernruf 3262. Hundestraße 34.

Carl Folkers Wohnungs-
 Ausstattungsgeschäft.
 Marlesgrube 28.25 und 28.32. Fernruf 2734.

Karl A. F. Westphal
 Spezialgeschäft für Teppiche, Gardinen, Möbel-
 stoffe usw. Untertrave 114/15, l., Ecke Holstenstr.

Ludwig Möller Mühlen-
 straße 45.
 Kunsthandlung, Kunstausstellung, Rahmenfabrik.

Gebrüder Heick
 Lübeck, Sandstr. 7. Fernsprecher 351. Gegr. 1876.
 Tapeten- und Teppichgeschäft. Spezialhaus für
 Innendekoration.

Rehm, Beckergrube
 18.
 Fernsprecher 8601.

Friedr. Matz Inhaber **Paul**
Engelbrecht.
 Tapeten- und Teppich-Lager. Innendekoration.
 Lübeck, Breite Straße 14. Fernsprecher 9076.
 Gegründet 1808.

Eugen Zangerl Tapetenlager
 Breite Straße 53, l.

**Lübeck-Büchener-Eisenbahn-
 Gesellschaft**

Dauer-Fahrplan des Lübecker Volksboten.

Hamburg			Büchen			Eutin			Travemünde		
Lübeck	Hamburg	Lübeck	Lübeck	Büchen	Lübeck	Lübeck	Eutin	Lübeck	Lübeck	Travemünde	Niendorf
5:45	7:35	5:30	7:05	8:00	9:10	6:34	7:49	7:15	8:10	6:15	7:22
7:40W	8:50	7:00	8:44	1:00	2:47	11:45	1:00	9:45*	10:45	8:20	9:15
7:47	9:21	8:20D	9:23	4:15*	5:00	6:37	4:42	12:13	1:09	12:24*	9:21
9:25D	10:26	8:40D	9:57	5:30	6:52	3:37	4:42	1:42D	2:25	3:55D	4:42
11:08	12:25	10:17	11:54	9:35	10:52	7:22	8:40	2:00	2:58	7:44S	8:34
1:25	2:55	12:22	1:58	* D Verfrühst. und zurück.				7:38	8:37	8:03	9:16
3:44	5:02	3:10	4:27								
4:17	5:35	3:40	4:57								
7:18D	8:30	5:18	6:35								
7:22	9:00	5:15	6:32								
8:20D	9:18	6:55D	7:52								
9:20	10:17	7:28	8:45								
9:25	11:17	9:00	10:25								
		11:40	1:05								

Kleinen

Lübeck	Kleinen	Lübeck
7:15	8:50	5:50
9:25D	10:25	8:21D
9:25D	10:41	9:02
12:02	1:44	1:54
5:24	7:02	7:08D
9:25	11:04	7:17

Segeberg

Lübeck	Segeberg	Lübeck
7:00W	9:47	5:45W
9:00	10:30	6:45S
2:10	3:35	10:39W
7:32	8:55	4:15W
		5:45S

W = Wochentags.
 S = Sonntags.
 D = D-Zug.

Wullbrandt & Co., G. m. b. H.
 Rosengarten 10. Kanalstraße 2/3. Fernruf 3437. **Kohlen, Koks, Briketts.**

Erich Schauer, König-
 str. 45. Emaille-, Alum.-,
 Haus- u. Küchengeräte.

Stempel-Weichert,
 Burgwitz Nachf., Becker-
 grube 15.

Haare und Felle
 kauft Hartengrube 5
R. Lissauer

Hans Köster Ingenieur.
 Techn. Bureau.
 Elektr. Licht- u. Kraftanlagen. Beleuchtungskörper.

Zeichen-Artikel
Seyler u. Liebig, Beckergrube 3.

Neumann & Erdmann, Spezialhaus
 für Schreib- u. sonstige Bureaumaschinen.
 Fernruf 1870. Breite Straße 53, l.

H. Mecklenburg & Co.
 Fernruf 99 und 293. Mengstraße 52.
 Pack- und Pergamentpapier.

Joh. Möller Orthopädisches Maß-
 geschäft.
 Fernruf 1852. St. Annenstraße 19.

Dr. med. H. Woffermann & Ge.
 Bruchbänder, Leibbinden, sämtliche Artikel zur
 Krankenpflege. Fernruf 8225. Beckergrube 2.

Heinr. Pagels Breite Str. 91/93,
 Hüxstr. 6/16.
 Für **Siedler große Auswahl**: in Oelen,
 Herden, Waschlösseln, Toiletten, Badewannen,
 Wand- und Fußbodenplatten, Fabrikat Villeroy &
 Boch.

J. F. B. Grube Am Markt u.
 Kohlmarkt 5.
 Eisenwaren, Hans- und Küchengeräte.

Ernst Bole, Kanalstraße 24.
 Versicherungen aller Art.

Otto Longuet Uebernahme v.
 Fuhrleistungen
 jeder Art. Fernruf 8925. Danwartgrube 15/19.

Algemeines

Fritz Derlien
 Hüxstraße 107.
 Samen- u. Futtermidgl.

Blumen -Krause. Fernruf 1480.
 Beckergrube 8.

Ernst Haukohl Mühlenstraße 49.
 Glas, Porzellan, Hausstandssachen. Braune irdene
 Waren.

Deecke & Boldemann
 Wahnstraße 18. Versicherungen aller Art.

Ludwig Malzahn Haus-
 und Hypothekmakler.

Lübecker Badeanstalt
 Fernruf 1243. Hüxstraße 180. Elektr. u. sämtl.
 medizinische Bäder. Römische von 3 bis 6 Uhr.
 Dienstag und Freitag für Damen.

Heinrich Bade Vertreter von Diamant-,
 Presto- u. Mars-Fahrrädern. Reparaturen. Fahr-
 rad- u. Nähmaschinenhandlung. Mühlenbrücke 2a.

B. Glogner & Co. Kanal-
 str. 32/34.
 Eisen, Stahl, Schrot, Metalle.

Selig L. Cohn Fernruf 2153.
 Wahnstr. 62.
 Rohprodukte, Eisen, Metalle.

F. Erdmann Glockengießerstr. 61. F. 2751.
 Ankauf von Rohprodukten, Eisen, Metallen, Akten,
 Geschäftsbüchern zum Einstampfen.

Hermann Richelsen
 Lübeck, Sandstraße 16. Aussteuer-Magazin für
 Haus und Küche, Glas, Porzellan, Luxuswaren.

Friedrich Michael Samenhandlung
 Breite Straße 53.

Grabmäler billigst. **Ludwig Bruhn**,
 Granit- und Marmorwerk.

J. Ruhland Lübecker Kunststeinwerke.
 Grabmäler, Benutzartikel. Falkenstraße.

Banken u. Industrie

Bankhaus Fritz Kiemstedt
 Kommandit-Gesellschaft, Lübeck, Holstenstraße 5.
 Fernsprecher 8173, 983. Telegr.-Adr.: Nordbank.
 Reichsbank-Giro-Konto. Postscheck-Konto Ham-
 burg 32658. Erledigung sämtlicher Bankgeschäfte.

**Louis Wolff, Komm.-Ges.
 Bank.**

**Alfons Frank & Co.
 Bank.**

**Vorschuß- und Spar-Vereins-
 Bank in Lübeck** Fleischhauerstr. 17-19.
 Reichsbank Giro-Konto.
 Postscheck-Konto Hamburg 915.
 Fernsprecher 332, 8651, 8652.

Reserviert für
Lubeca-Werke

Vereinsbrauerei Walkmühle
 H. Lück. Fernruf 284. Lagerbier, Pilsner, Porter.

**Zigarren und
 Tabak** **A. Röhrich** Holstenstr. 2.
 Eck. Schüsselb. Zigarren,
 Zigaretten, Tabak. F. 274.

Lübecker Kautabak
 von **Chr. Floto**. Zu haben in allen ein-
 schlägigen Geschäften.

Wieghorst & Jasper
 Inh. C. A. Jasper, Geibelplatz 4, Fernsprecher 518.
 Fabriklager d. Tabakfabr. Arnold Böninger, Duis-
 burg. Verk. z. Fabrikpr. nur an Wiederverkäufer.

Hermann Wieghorst Am Markt,
 Ecke Hüxstraße. Ecken Weiter
 Krambuden. Zigarren, Zigaretten, Tabak.

Karl Jenßen Zigarren-Spezialhaus.
 An der Mauer 34,
 Ecke Hüxstraße. Mittlere Preise, gute Ware.

Heinrich Kähler Dornestraße 5
 Tabak, Zigarren und Kolonialwaren.

Ernst Püstow Elektrische Anlagen.
 F. 8589. Mühlenstr. 71.

Carl Jensch Elektromechanische Werk-
 statt. Hüxstr., Ecke König-
 straße. Musikwaren. Eigene Zahnradfräselei.
 Neu versilb. w. alte Metallgegenst. bei Gegenzahlg.
 v. altem Silber. **Joach. Fokuhl**, Mühlenstr. 77.

Franz Heitzer Klempnerei, Installation, Packenb.
 Allee 48. Beleuchtungsk., Hausstandss. F. 2303.

Geertz Hotel am Riesebusch.
 Jed. Sonntag Konzert.

Uhren, Goldwaren große
 preis-
 wertige Auswahl. Trauringe. Eigene Reparatur-
 Werkstatt. **Brüggemann**, Schwartau, Markt 18.

Ernst Blöcker am Markt. Kolonial-
 u. Eisenwaren, Haus-
 standsartikel und Porzellan.

Fahrzeuge u. Nähmaschinen
 G. m. b. H. Eutiner Straße 1.

Meierei Eitel Meiereiprodukte.
 F. 2144. Schulstr. 1.

Bäckerei u. Konditorei
Heinrich Rau, Kücknitz.

Karl Schumann, Malermeister, Kücknitz.
 Ausfüh. sämtl. Malerarbeiten, einfach. u. bess. Art.

Gasthof „Stadt Lübeck“
 Inh.: **Ernst Faase**, Kücknitz.

Kaufhaus Max Kankel
 Schlutup.

Willi Richter, Schlutup, Lübecker Str. 19.
 Uhren. Reparaturwerkstätte.

Bäckerei und Konditorei Herm. Haase
 Schlutup, Lübecker Straße 46.

Otto Liebenow Schlutup. Uhr. u. Goldw.
 Zigg., Zigarette, Tabak.

Heinrich Thieibahr,
 Schlutup. Drogen,
 Farben, Kolonialwaren.